

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion  
1. Jah. Verwaltung:  
An d. 11. am. 32.  
Korn. 1. 5. 795.

Telegra  
Sozialdemokr. 11. II.  
Davlitzovo nám. 32.  
Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billigst berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Ausstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 3. März 1923.

Nr. 51.

## Mit allen Mitteln für das Schandgesetz.

„Dieses Gesetz, das den Namen führt:  
„Gesetz zum Schutze der Republik“, sollte  
eigentlich heißen: „Gesetz zur Schande der Re-  
publik“, denn es bedeutet eine Beschimpfung  
unserer Vergangenheit und der an der Spitze  
des Staates stehenden Personen.“ So schreibt  
nicht ein deutscher Sozialdemokrat und auch  
kein Kommunist, sondern der tschechische staats-  
wissenschaftliche Schriftsteller Dr. Kollík in  
einer umfassenden und vernichtenden Kritik des  
Schutzgesetzes, das er als eine blutige Geißel  
für die Bevölkerung bezeichnet. Verglichen mit  
dieser tapferen mutigen Haltung eines bürger-  
lichen Schriftstellers, tritt das erbärmliche Ver-  
halten der tschechischen Sozialdemokraten gegen-  
über dem Gesetz erst so recht in Erscheinung.  
Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte,  
daß sie den Bruch mit ihrer ruhmvollen demo-  
kratischen und sozialistischen Vergangenheit  
vollzogen haben, ihr Kampf um das Schand-  
gesetz — und sie führen darum direkt einen  
Kampf! — erbringt ihn jedenfalls restlos.

Am schmerzlichsten berührt, daß den tsche-  
chischen Sozialdemokraten jedes, auch das  
schlechtesten Mittel in diesem Kampfe gut genug  
dünkt. Das Gesetz will nicht nur die normale  
politische Entwicklung durchbrechen, um die  
Herrschaft bestimmter Parteien künstlich und  
gewalttätig zu verlängern, es ist auch ein Ver-  
drückungsgesetz bösester Art gegen jede soziali-  
stische Arbeiterpartei, die sich nicht zur Schlep-  
pträgerin der herrschenden Bourgeoisie erwie-  
drikt und besonders gegen die gewerkschaftlichen  
Arbeiterorganisationen. Die Gefahren, welche  
das Schutzgesetz für die Arbeiterbewegung in  
sich birgt, vermögen die tschechischen Sozialde-  
mokraten nicht einmal zur Zurückhaltung ge-  
genüber dem Gesetz zu bestimmen. Im Gegen-  
teil: sie werben dafür mit einem Feuer-  
eifer, den sie in ihrer besseren Vergangenheit  
nur aufgebracht hätten, wenn es die Ver-  
lämpfung eines solchen reaktionären und  
arbeiterfeindlichen Gesetzes gegolten hätte.  
Aber noch mehr: da wir es wagen, das Gesetz  
zu bekämpfen, erklären sie unsere Motive da-  
für als — nationalistische, wohl weil  
sie hoffen, daß sie bei dem Anhang, der ihnen  
heute noch verblieben ist, damit den größten  
Eindruck machen können. Ihr Zentralorgan  
versuchte sogar wegen der Stellungnahme un-  
seres Blattes gegen das Gesetz die leichtbewe-  
gliche patriotische Prager Straße in Bewegung  
zu setzen. Und Genosse Fris Austerlitz, der in  
unserem Blatte mehrere Artikel gegen das  
Schutzgesetz geschrieben hat und der in der  
„Arbeiterzeitung“ durch ernste freundschaftliche Zu-  
sprache die tschechischen Sozialdemokraten zum  
Verlassen ihres verhängnisvollen Weges zu be-  
stimmen suchte, wird gestern, anstatt mit einer  
sachlichen Antwort, vom „Pravo Lidu“ mit  
Anstänkungen bedacht, in denen er und die  
Wiener Parteileitung keines geringeren Ver-  
brechens beschuldigt werden, als der „Opferung  
der österreichischen Arbeiterkraft“. Im gün-  
stigsten Falle ist das Schicksal eines jeden, der  
nicht in Begeisterung für das Schandgesetz  
schwelgt, von den Presseorganen der tschechischen  
Sozialdemokraten — die in solchen Dingen  
sachverständig geworden sind — als Staats-  
feind erklärt zu werden.

Diese Taktik des Niederschreitens jedes  
Gegners des Schutzgesetzes ist aber nicht die  
einzige Art, in der die tschechischen Sozialde-  
mokraten die Parole: „Mit allen Mitteln für  
das Schutzgesetz“, zu erfüllen suchen. Darum  
wendet ihre Presse Mittel an, die man bisher  
für ein ausschließliches Privilegium konter-  
revolutionärer Mächthaber zum Zwecke der  
Durchsetzung von Ausnahmsgesetzen hielt. Als  
der Schutz gegen Raschin fiel, waren die Ver-  
treter dieser Partei die ersten, die in die Hände  
des Sekretärs der tschechischen nationaldemo-  
kratischen Partei das feierliche Gelöbnis ab-  
legten, an allen Maßnahmen mitzuwirken,  
welche geeignet wären, ähnliche Attentate für  
die Zukunft zu verhindern, aus welchem Ge-  
löbnis die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an

## Ein Vorkämpfer der Tschechen gegen den Ausnahmezustand.

Aus der Rede des jungtschechischen Abgeordneten Gregr gegen das  
österreichische Sozialistengesetz vom Jahre 1886.

Das Gesetz zum Schutze der Republik, das  
in wenigen Tagen in Kraft treten und für das ein  
Ausnahmezustand herbeigeführt werden soll, der  
für eine revolutionsgeborene Republik, an deren  
Spitze auch tschechische „Sozialdemokraten“ stehen,  
etwas ganz Unerhörtes bedeutet, weckt die Er-  
innerung an jene Ausnahms- und Sozial-  
listengesetze, die in den mitteleuropäischen  
Staaten vor fast einem halben Jahrhun-  
dert geschaffen wurden, um den Sozialismus  
zu töten. An der Wiege dieser Schandgesetze stand  
fast das gesamte Bürgerium ohne Unterschied der  
Nation und nur wenige Männer aus den Reihen  
der Bourgeoisie besaßen den Mut, mit aller Kraft  
ihrer Ueberzeugung den herrschenden Reaktio-  
nären entgegenzutreten, die da vermeinten, mit  
brutaler Gewalt den Willen nach Recht und Freiheit  
unterdrücken zu können. Dennoch fanden  
sich solche Männer und sie entstammten im  
alten Oesterreich, das unter dem Hauche der  
deutsch-tschechisch-polnischen Reaktion schon damals  
zu verfallen begann, nicht nur dem deutschen  
Volke, sondern auch der tschechischen Na-  
tion.

Ministerpräsident Graf Taaffe begann im  
Jahre 1884 mit dem Versuch, durch Ausnahms-  
gesetze die sozialistische Bewegung im alten Oester-  
reich zu erschmettern. Als Vorwand benützte er  
die Schreckensreden der Anarchisten, deren

„Sohn einmal stürzte eine tausendjährige  
Kultur zusammen, als der Sozialismus des  
Christentums den alten Sklavenstaat niederrück-  
te; über die Trümmer der heidnischen Kultur logerte  
sich die lange Nacht des Mittelalters und es be-  
durfte der Arbeit von Jahrhunderten, ehe die  
Freiheit des Gedankens und das Licht  
der Wissenschaft diese traurige Nacht vertrieben.“  
Darin erblicke ich die höchste Aufgabe unserer  
Zeit, daß sie die Menschheit aus einem morsthen,  
aus einem alternden Zeitalter in ein anderes  
besseres hinüberführe, ohne daß dieselbe die Wild-  
nis eines neuen Mittelalters zu durchwandern hätte.

einem Ausnahmsgesetz nicht unjähver heraus-  
zuziehen war. Gleichzeitig setzte ihre Presse mit  
der Hebe gegen die kommunistische Partei ein,  
die sie der Schuld an dem Attentate beful-  
digte, um der Reaktion bei der Lieferung des  
Nachweises behilflich zu sein, daß mit den be-  
stehenden Gesetzen zum Schutze des Staates  
nicht mehr das Auslangen gefunden werden  
könne. Es ihnen diese Basse durch das Ge-  
ständnis des Attentäters, daß er keiner Par-  
tei angehöre, entwunden wurde, bemühten sie  
sich doch immer aufs neue, zu beweisen, daß  
man es hier nicht bloß mit der Tat eines ein-  
zelnen Menschen, für den niemand die Verant-  
wortung trägt, zu tun habe, sondern daß Strö-  
mungen im Staate beständen, die auf die Ver-  
übung neuer Attentate gerichtet seien. Am  
13. Jänner wußte die Brünner „Straž Soziali-  
smu“ zu erzählen, die Prager Polizei (!)  
habe schon vor einigen Wochen das Sekretariat  
der tschechischen Sozialdemokraten aufmerksam  
gemacht, daß nach den Berichten ihrer Kon-  
sultanten (!) Also: Lockspindel als die Quelle  
des tschechischen sozialdemokratischen Blattes!)  
in der Prager Zentralreferate der kommuni-  
stischen Jugendorganisation über die Vorberei-  
tung von Attentaten auf einige gewesene und  
jetzige tschechische sozialistische Minister ver-  
handelt worden sei. Obwohl die „Nachricht“  
sichtbar den Stempel der Erfindung an der  
Stirne trug, bemerkte die „Straž Sozialismu“  
dazu, die Haltung der kommunistischen Presse  
zum Attentate sei ein Beweis, daß „die Kom-  
munisten am Blute Dr. Raschins noch nicht  
genug haben“. Doch es kam noch schöner. Am  
21. Feber brachte die Pilsener „Nova Doba“  
unter dem Titel „Ein Wolschauer Programm“  
einen Leitartikel, in dem dieses Blatt zu be-  
weisen unternahm, daß die Tat Schoupals  
kein Ausnahmefall sei. Denn „es  
könne mitgeteilt werden,“ daß in den Wochen  
nach dem Attentate auf Dr. Raschin auf äh-

„Propaganda der Tat“ den Herrschenden ein  
willkommener Anlaß war, mit dem Anarchismus  
auch den Sozialismus zu zerretzen. Am  
15. Feber 1884 genehmigte das Abgeordneten-  
haus teilweise Ausnahmsverfügungen und noch  
im selben Jahre schritt die Regierung an die  
Verwirklichung ihrer längst gehegten Abstin-  
zu eigenen Sozialistengesetz zu erlassen, das dem  
reichsdeutschen Sozialistengesetz nachgebildet war.  
Am 5. Juni 1886 nahm das Abgeordnetenhaus  
dieses „Gesetz gegen gemeingefährliche sozialistische  
Bestrebungen“ an. Damals führte das österrei-  
chische Parlament, in dem zu dieser Zeit noch  
kein Vertreter der Arbeiterschaft saß, zum ersten  
Mal eine große Debatte über den Sozialismus  
ab, in der neben Bernerstorfer und Kro-  
nawetter auch der jungtschechische Abgeordnete  
Gregr sich, in den schärfsten Worten gegen das  
Ausnahmsgesetz wendete.

Es ist heute lehrhaft zu hören, was Gregr,  
ein Hero der tschechischen Nation,  
einer der Begründer der jungtschechi-  
schen Bewegung, der große Ahne der Ra-  
schin und Kronawetter, vor 37 Jahren gegen den  
Versuch zu sagen hatte, durch ein Ausnahms-  
gesetz die Freiheit totzuschlagen.

Abgeordneter Dr. Gregr sagte damals  
als Parlamentsredner unter anderem:

„Und wie bereiten sich die Staatsmän-  
ner und die Regierungen zu dieser großen  
und hohen Aufgabe vor? Was tun unsere Staats-  
männer, um die friedliche Umwandlung der Ge-  
sellschaft zu bewerkstelligen, oder wenigstens an-  
zubahnen? Sehen wir uns um in Europa; was  
werden wir da gewahrt? Wir sehen einen  
ganzen Weltteil in Kriegsbereti-  
schaft; alles was Waffen tragen kann, muß  
unter die Fahne; die Heere zählen nach  
Millionen und der Weltteil sieht einem  
Kriegslager ähnlicher als der Werkstätte ruhiger  
und friedlicher Bürger. Unter der schweren,

liche Weise ein Attentatsversuch auf  
den Minister des Auswärtigen,  
Dr. Benesch, unternommen worden sei, da-  
mit „erkannt werde“, daß Wolschau (so  
heißt der Stadteil, wo der Prager Friedhof  
liegt) tatsächlich „bei uns als politisches  
Programm erklärt sei.“ Und das Blatt  
setzte seine Gruselgeschichte fort: „Dem Sarge  
Benesch's soll der Sarg des silber-  
haarigen Habrman und die Särge  
anderer Träger des Vertrauens  
des Volkes in unserer demokratischen Re-  
gierung folgen.“ Das „Pravo Lidu“ beileite  
sich, seinen Lesern diese Schauermär gleichfalls  
vorzulesen. Weder die Erkundigungen beim  
Präsidentium der Prager Polizeidirektion noch im  
Ministerium des Auswärtigen ergaben das ge-  
ringste Ergebnis, denn nirgends war von einem  
solchen „Attentat“ das geringste bekannt und  
zwei Tage später wurde die von einer Prager  
Zeitung nachgedruckte „Meldung“ amtlich  
als vollständig unwahr erklärt. Und die  
„Nova Doba“ und das „Pravo Lidu“?  
Weder die eine noch die andere dieser ehren-  
werten Zeitungen gab den Lesern davon auch  
nur mit einem Worte Kenntnis, daß ihre Be-  
hauptung von dem Attentate auf Dr. Benesch  
völlig aus der Luft gegriffen war.

So sehen die Mittel aus, mit denen die  
tschechischen Sozialdemokraten ihren Anhän-  
gern die Notwendigkeit des Henckesgesetzes be-  
greiflich machen wollen! Es vergeht kein Tag,  
da ihre Presse, ganz in der Terminologie der  
bürgerlichen Reaktion, das Schutzgesetz als  
wertvolle Grungenschaft der Demokratie nicht  
preisen würde. Mit allen Mitteln für das  
Schandgesetz! So liefern die tschechischen So-  
zialdemokraten den Nachweis, daß die Demo-  
kratie und der Sozialismus in Zukunft auf ihre  
Mitwirkung zu verzichten haben. Es ist ein  
trauriges Ende, das sie sich in dem Urteil der  
sozialistischen Internationale selbst bereiten.

unererschwinglichen Last des Milita-  
rismus sinkt immer mehr der Wohlstand der  
Völker, nimmt immer mehr das Proletariat über-  
hand und wachsen die Armeen der Anarchisten  
(lies: Sozialisten), und statt eines Fortschrittes in  
der Bildung und Humanität ist eine zunehmende  
Verwilderung der Sitten nicht mehr zu ver-  
kennen. . . .

„Ich glaube nämlich, daß die nächste Auf-  
gabe, die wir auf der eingeschlagenen Bahn zu  
lösen haben, die Altersversorgung der  
Arbeiter wäre, denn der Gedanke, daß ein  
Mensch, welcher sein ganzes Leben der Gesellschaft  
in schwerer Arbeit gewidmet hat, im Alter zum  
Beitler werden oder einer armen Gemeinde,  
welche selbst nichts anderes als ein Haufen armer  
Proletarier ist, zur Last fallen soll, muß ja den  
Haß und Erbitterung gegen die undankbare Ge-  
sellschaft erwecken und ich weiß es, daß es kein  
wirksameres Mittel der anarchistischen (lies: so-  
zialistischen) Propaganda gibt, als eben den Hin-  
weis auf die verzweiflungsvolle Lage am Ende  
eines arbeitsvollen und redlichen Lebens. . . .

„Ich glaube nicht und halte es auch nicht  
für möglich, daß es gelingen könnte, die Mensch-  
heit wieder in jenen Gedankenkreis ver-  
schlossener Jahrhunderte zurückzu-  
drängen, wo der Arme sein Glend ruhig und  
geduldig ertrug, weil er dieses Leben für einen  
Durchgangspunkt oder für eine Schule der Prü-  
fungen ansah, wofür ihm im anderen Leben eine  
reichliche Belohnung gewährt werden soll. Die  
Menschen sind praktischer geworden und sie wollen  
auch schon hier auf Erden gut leben und sie haben  
das Recht; es zu wollen. Ich glaube also, daß  
auch dieses Mittel nicht durchführbar sein wird.  
Da halte ich ein anderes Mittel für viel besser  
und viel zweckmäßiger und das ist die Hebung  
des allgemeinen Wohlstandes des Volkes über-  
haupt. Des Sozialismus ist eigentl. der  
Kampf gegen Hunger und Not. . . .

„Endlich hat unsere Regierung ein Mittel  
ausgedacht, um den Eindwurm des Anarchismus  
(lies: Sozialismus) zu bändigen und zu Boden  
zu werfen, und ich halte dieses Mittel hier in der  
Hand. Es heißt einfach „Gesetz gegen gemein-  
gefährliche sozialistische Bestrebungen“, und zwei-  
tens „Gesetz wegen Befestigung der Schwore-  
nengerichte“ den Anarchisten (lies: Sozialisten)  
gegenüber. Es ist dies kein origineller Gedanke  
(weiterer), es ist dies die Nachahmung der Ge-  
bei uns mehr den Nachahmungstrieb zu haben  
scheint, als den Trieb des eigenen Schaffens.

Man hat in Deutschland Sozialistengesetze,  
nun, so müssen wir auch ein Sozialistengesetz  
haben, und so hat man nunmehr weniger  
glücklich die Sozialistengesetze in  
Deutschland abgeschriebe.

Ich will, meine Herren, keine Kritik über  
dieses Gesetz üben, welches uns die Regierung  
vorgelegt hat; aber es macht auf mich den Ein-  
druck der Schwäche, der Ohnmacht und der Hilf-  
losigkeit der anarchistischen (lies: sozialistischen)  
Bewegung gegenüber.

Ein Sturmwind ergreift mit elementarer  
Macht die halbe Menschheit, die mächtigsten Staa-  
ten der Erde erschüttern in ihren Grundfesten  
und am Horizont sieht man schon die Fackel des  
Brandes, welcher die Schöpfungen der menschi-  
chen Götter zu zerstören droht — und dieser  
großen, dieser größten aller Gefahren, der viel-  
leicht jemals die Menschheit entgegenging, weiß  
die Regierung kein anderes Mittel entgegenzu-  
stellen als die Polizei und die Aufhebung der Ge-  
setze eingegriffen hat. (Sehr gut! links.)

Meine Herren! Der Sozialismus ist  
der Kampf neuer Ideen gegen eine  
morsch gewordene gesellschaftliche  
Ordnung, und nichts hat sich der Sicher-  
heit des Staates seit jeher so ge-  
fährlich und nachteilig erwiesen, als  
wenn in dem Kampfe der Gedanken  
und Ideen die plumpe Hand der Po-  
lizei eingegriffen hat. (Sehr gut! links.)

Der Sozialismus ist der Ruf des  
Volkes nach Brot und man antwortet  
ihm mit dem Kerker und mit dem Gefäng-  
nisse. Wenn die Staatsmänner und die Regierun-  
gen kein anderes Mittel zur Bekämpfung der  
anarchistischen (lies: sozialistischen) Bewegung  
kennen, als die Polizei, dann steht es schlecht mit  
der menschlichen Gesellschaft und dann ist der  
Sieg schon im voraus entschieden. . . .

„Ja, ich erkenne vollkommen an und will  
gerne zugeben, daß dergleichen Gesetze einzelne  
Exzedenzen treffen und einzelnen  
Verbrechern den Dolsch aus der Hand



schlagen können, aber im großen und ganzen, meine Herren, wurde die anarchische (lies: sozialistische) Bewegung weder durch das deutsche noch durch das österreichische Sozialistengesetz irgendetwie gelähmt oder eingedämmt, wie die Ereignisse in Frankreich, Belgien, Amerika usw. mit Evidenz nachweisen.

„Denn unterdrücken Sie auf Grund dieser Gesetze jede sozialistische Zeitschrift und jede sozialistische Druckschrift, die ja unter den Augen der Behörde erscheint und konfisziert werden kann, und Sie werden dem geheim gesprochenen oder eingeschmuggelten Worte ein desto willigeres Ohr öffnen, dieses Wort wird desto begieriger aufgenommen werden und desto intensiver in den Gemütern wirken. Unterdrücken Sie auf Grund dieser Gesetze jede Arbeiterversammlung und jeden Arbeiterverein, und Sie werden aus jeder Fabrik und aus jeder Werkstätte und jedem Kohlenhaufen ein Rätkli des Anarchismus (lies: Sozialismus) schaffen. Vertreiben Sie die verdächtigen Elemente aus den großen Städten, und Sie werden dieselben über das ganze Land als Apostel des Anarchismus (lies: Sozialismus) zerstreut haben, und wehe! wehe! wenn auch das Proletariat des Landvolkes von

der Maseri des Anarchismus (lies: Sozialismus) ergriffen werden sollte. . .“

„Das wird doch niemand in Abrede stellen, daß unser gegenwärtiges Pressgesetz zum Beispiel vollkommen dazu hinreicht, nicht nur die sozialistischen Zeitungen zu unterdrücken, sondern überhaupt die ganze Presse nach Willkür der Regierung lahmzulegen. Das wird doch niemand bezweifeln, meine Herren, daß unsere gegenwärtigen Gesetze der Regierung die Macht und die Möglichkeit in die Hand geben, auch die anderen Grundfreiheiten illusorisch zu machen: das Versammlungsrecht, das Versammlungsrecht usw., und wer noch einen Zweifel daran hegen könnte, der öffne nur die Augen und sehe, wie es in der Wirklichkeit bei uns steht.

„Und wie kleinlich, wie unbedeutend, ich möchte sagen: wie kindisch müssen mir solche Mittelchen erscheinen, die man gegen diese Bewegung ins Feld führt! Ein neuer Titanenkampf droht zu entbrennen. Die Millionen der Enterbten rüsten sich, den Olymp der wenigen Begünstigten zu erklimmen und wir waffen uns zu diesem Niesentkämpfe, ich möchte sagen: mit einer Fliegenklatsche.“

Also sprach Gregor.

Führer! Eine Fliegenklatsche war das österreichische Sozialistengesetz, wenn auch hunderte und hunderte unter seinen Streichen bluteten: denn weder dieses noch ein anderes Gesetz war infam, durch Unterdrückung der Meinungsäußerung und Anechtung aller bürgerlichen Freiheiten die Entwicklung und den Sozialismus aufzuhalten. Aber packt die heutige Führer der tschechischen Nation, packt die tschechischen Sozialisten nicht brennende Scham, wenn sie jetzt lesen, was der Führer des nach Freiheit strebenden tschechischen Volkes vor fast 40 Jahren zu einem Ausnahmsgesetz zu sagen hatte, das trotz seiner Härte und seiner rücksichtslosen Handhabung in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik geradezu harmlos erscheint. Das österreichische Sozialistengesetz, das so viele, ungezählte Opfer forderte, unterdrückte mit einem Schläge, ohne Hinterhalt, alle Vereins- und Versammlungsfreiheit, knebelte mit offener Gewalt die Presse, hob in ganz klaren Bestimmungen für „sozialistische“ Verbrechen die Geschworenengerichte auf und suchte schließlich die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter zu treffen.

Ein messerscharfes Gesetz, das viel Blut kostete. Aber was bedeutet das österreichische Sozialistengesetz gegen jenes Gesetz zum Schutze der Republik, das nicht nur mit skrupelloser Gewalt, sondern auch mit aller Tücke, die dem zu Tod bedrohten Kapitalismus zur Verfügung steht, alles niedertrampeln will, was da gegen die Meinung der Herrschenden aufzuwachen mag! Von den Nachfahren des Jungtschechen Gregor hat sich nicht einer gefunden, der, wie dieser, den Geist des Fortschritts und der Freiheit gegenüber der blindwütigen Reaktion verteidigt hätte; im Gegenteil: sie sind die Urheber, die Mitbegründer dieses allerhöchsten Ausnahmsgesetzes, welches das Werk Loafes weit in den Schatten stellt. Und ihre Helfershelfer sind jene tschechischen „Sozialdemokraten“, deren Wortkämpfer auf dem Schlachtfelde gegen das österreichische Ausnahmsgesetz gefallen sind. Daran möge man erkennen, welchen Weg das nationale, ebenfalls revolutionäre tschechische Bürgertum und seine „sozialistischen“ Nachläufer in den letzten 40 Jahren genommen haben.

Und wie Peitschenhiebe mögen die Worte Gregors auf sie niedersinken!

### Inland.

Ein deutschbürgerliches Urteil über Lodgman. In den ersten Jahren nach dem Umsturz galt Dr. Lodgman dem gesamten deutschen Bürgertum als der unumstößliche erste Führer, den es ob seiner Tüchtigkeit, seiner Willenstärke, Zielklarheit und unerschütterlichen politischen Reinheit schon langsam mit einem Glorienschein bei Lebzeiten zu umgeben kann. Seitdem aber die deutschbürgerliche Politik in immer mehr Erbitterung zerfiel und Lodgman mit seiner Taktik immer öfter Schiffbruch litt, seitdem die deutsche Nationalpartei immer weiter von den übrigen Parteien des deutschen Bürgertums abdrückte, rückte dieses immer deutlicher mit seinem neuen Urteil über den einst Verherrlichten, jetzt aber so oft Blamierten heraus. Die „Deutsche Landpost“, das „Zentralorgan“ des Bundes der Landwirte, wirft jetzt den Namen des „großen Lodgman“ also auf die Straße:

„Von Stufe zu Stufe abwärts hat sich Herr Dr. Lodgman von jeder Arbeit als Abgeordneter weit entfernt. Die Arbeit auf dem Boden des Parlamentes hat er durch seine Entlassungen selbst unmöglich gemacht, daß er mit dieser Arbeit ins Volk hinausgehen wolle. Nun haben wir ihn an der Arbeit im Volke gesehen — an der Arbeit, nicht gegen die tschechischen Drangsalierungen, sondern an der Arbeit, an der Hebe gegen das or-

ganisierte deutsche Volk. Wie steht es mit seiner Arbeit imbezug auf seine Auslandsposition, die ja sein Hauptgeschäft ist? Auch da ging es von Stufe zu Stufe abwärts und der schlagendste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß Abg. Dr. Medinger erst aus der Partei Dr. Lodgman ausstiegen mußte, um Präsident der deutschen Völkerverbände im tschechoslowakischen Staate werden zu können.

Und nun abermals eine Stufe abwärts.

Der Obmann einer großen politischen Partei ist bis auf des Schreiben offener Briefe gekommen, um vielleicht doch noch in diesem Streite als Rechthaber hervorzugehen. Wir überlassen die Beurteilung einer solchen Tätigkeit des Führers einer deutschen Partei ruhig dem gefundenen Urteile unserer deutschen Völker selbst.“

Auch wir hoffen, daß sich das deutsche Volk das richtige Urteil über Lodgman und seine Partei bilden wird, aber auch über die anderen Führer und Parteien des deutschen Bürgertums, die heute das beschimpfen und beschmähen, was sie gestern noch in den Himmel gehoben haben.

Die Freunde. Wir haben schon unlängst festgestellt, daß auch die diese Freundschaft zwischen den Gelben und den Deutschen Nationalen immer mehr in die Brüche geht. Die Glotzbörsen, die Herren Knirsch und Lodgman, suchen zwar den Riß nach außen noch schlecht und recht zu verkleistern. Aber die anderen helfen

### Europas Schicksalsstunden.

(Karl Friedrich Nowak: Chaos, Verlag für Kulturpolitik, München 1923).

Chaos: Der Titel kennzeichnet die schwere Aufgabe, die sich Karl Friedrich Nowak in seinem vorläufig letzten Werk über den Weltkrieg gestellt hat. In seinen beiden ersten Büchern hatte Nowak die Geschichte des Krieges bis auf jene Oktobertage von 1918 herausgeführt, in denen die Ereignisse Formen annahmen, die auch denen, die seit dem Wahnsinn von 1914 die Niederlage der Mittelmächte ahnten und näherkommen sahen, rätselhaft erschienen mußten.

In wenigen Stunden wurde die Niederlage zum Zusammenbruch, politische Diskussion zum Bürgerkrieg, Republik zu Anarchie, erste Auflehnung gegen die Tyrannei einzelner zur systemstürzenden Revolution, die oft, kaum geboren, dem reaktionären Terror wich. Staaten stürzten wie Kartenhäuser und Throne und Kronen wurden aus dem „Heiligsten der Nation“, als das sie eine verächtliche Masse von Tyrannen, die neben dem Glück des Herrschers über wirtschaftlich Schwache den Genuß des Anterian-Zeins nicht entbehren mochten, angeräuchert hatten, zu Reiquisten von Kleinstadtmuseen. Das in Deutschland fast ein Jahrhundert lang vergebens ersehnt und mit allen Mitteln untkämpft worden war, die Niederringung partikulärer und dynastischer Gewalten, die dem Volke den Weg zu nationaler Einheit und politischer Freiheit verlegten, er-

füllte sich über Nacht. Jahrelang hatten die Deutschen gekämpft, ohne ein großes Ziel zu haben. Jahrelang waren sie als Sieger durch Europa geschritten, Schrecken verbreitend von Dünkirchen bis Odesa, von den finnischen Seen bis zum Kanal von Suez, Sieger und doch Knechte der obersten Schicht einer Herrenklasse, die mit dem Kontinenten jenseits der Nordsee um das Weltausbeutungsmonopol spielte und gegen dessen silberne Angeln das Blut ihrer Sklaven als Trunfz setzte. Nun in der Stunde des Niederbruchs leuchtete ein großes Ziel auf, Meiser in der Nacht. Auch das schien dem nicht Denkenden ein Rätsel, daß aus der größten Niederlage seiner Geschichte das deutsche Volk mit dem Stergedanken neuen Zieles heimkehrte; vier Jahrhunderte nach der großen Bauernrevolution, sieben Jahrzehnte, fast auf den Tag genau, nachdem das Ideal der Frankfurter Linken mit dem Blute der Wiener Barrikadenkämpfer dahinsank, schrieben deutsche Arbeiter auf das leere Blatt, das ihnen die Geschichte vorhielt: O r d e n u n g d e r R e p u b l i k. Doch Nowak spricht noch vom Chaos. Chaos nicht nur in Spa, Berlin, Kiel und München. Chaos auch in Prag, Warschau, Pest und Wien, wildestes Chaos vor allem auf der großen Weltatmosphäre zwischen dem Stiffer Joch und der Adria. In Wien gibt es noch eine I. u. I. und eine I. I. Regierung, in Schönbrunn sitzt immer noch ein willenloser Mann, dem eine leidenschaftliche Frau um jeden Preis die Krone retten will, die ihm das Schicksal in einer grotesken Laune auf das hohle Haupt gesetzt hat. In Baden gibt es noch ein Armeekorpskommando, das

ihnen dabei nicht und weniger „fein“ organisierte Unterläufer beraten, wie es in Wahrheit um die durch die „Kampfgemeinschaft“ verbundenen Freundschaften steht. Unser lieber Freund Schollich beispielsweise läßt sich in seinem „Volkstut“ folgendermaßen vernehmen:

Unsere Freunde, die Nationalsozialisten. Es ist eine verwunderliche Tatsache, daß die nationalsoz. Arbeiterpartei und ihr Blatt, die „Neue Zeit“ in Troppau keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um uns, der Nationalpartei eins anzuhängen. Wir finden, daß dies sehr undankbar gehandelt ist. Denn, wenn diese Partei heute im Abgeordnetenhaus fünf Vertreter besitzt, so verdankt sie das nur uns und niemandem anderen. Wenn sie in diesen Gemeinden Versammlungen abhalten kann, so ist dies unser Verdienst, weil wir unsere Anhänger hinführen und den Saal füllen. Allerdings müssen wir uns denn oftmals gefallen lassen, daß wir vom Redner beschimpft werden. . .“

Wir glauben, daß diese Probe genügt. Die Gelben werden sich allerdings einen blauen Teufel darum scheren, daß ihnen heute die Scholliche Undankbarkeit vorwerfen. Sie haben feinerzeit, bei den Wahlen, den Deutschnationalen erhöhte Dienste geleistet, wurden dafür mit fünf Mandaten und sonstigem „Greifbaren“ bezahlt und wären schlechte Gelbe, wenn sie sich deswegen heute das Recht nehmen ließen, auf ihre Geldgeber zu schimpfen. Was aber wiederum auch die Deutschnationalen nicht gar so verwundert und beleidigt, wie der Schollich glauben machen will. Denn die Deutschnationalen werden sich bei den nächsten Wahlen sicherlich wiederum Verdienste um die Gelben erwerben, wenn sie sie brauchen. Und diese werden ebenso wieder zu „verdienen“ verstehen.

„Großlampstag.“ Der „Bund der Landwirte“ hat schon seit langem die Absicht, die politische Organisation der Landwirte auch in Schlesien durchzuführen, wo die „völkischen“ Bauern bisher fast ausschließlich in der deutschnationalen Landwirtevereinigung zusammengeschlossen waren. Die deutsche Nationalpartei suchte begreiflicher Weise diesen „brüderlichen Angriff“ auf Schlesien und das „Auständchen“ zu verhindern und bisher ist ihr das auch so ziemlich gelungen. Nun aber der bündlerische Kampf mit den Deutschnationalen immer heftigere Formen annimmt, ist es verständlich, daß die Agrarier auch zum „Generalangriff“ gegen Schlesien blasen. Darob entstand natürlich unter den Nationalparteilern namentlich dieses Gebietes ein Sturm sondergleichen, was aber nicht verhindern konnte, daß der „Bund der Landwirte“ vorerst durch eine große Versammlungskampagne in Schlesien Fuß zu fassen suchte. In der Presse der Deutschnationalen Schlesiens wurden die Bündler folgendermaßen begrüßt: „Unbeständige“, „Quertöpfe“, „aufgelegte Augen“, „Gift- und Vernachlässigungsquelle“, „Verrät“, „Niederracht“, „Würdelosigkeit“ usw. Diese Schmiedeleien hielten die Bündler nicht ab, mit der Organisation der Agrarier Schlesiens einzusetzen und durch zahlreiche Versammlungen den Deutschnationalen den Boden Schlesiens heiß zu machen. Deren Presse stellt jetzt schon fest, daß der „Bund der Landwirte“ in 48 Versammlungen gründliche Abführer erhielt. Wir sind überzeugt, daß die „Landpost“ — die wie gewöhnlich ihr Asthma nicht so schnell laufen läßt, wie notwendig — das Gegenteil berichten wird. Das Endergebnis ist sicherlich wie immer wieder das Geschrei vom „großen Sieg“ auf beiden Seiten. Wir registrieren das heute schon mit allem Bedauern, denn es ist ein vösterlicher Anblick, zu sehen, wie die Brüder einander in „Großlampstagen“ — so nennen sie diese Kampagne selber — auf die Schadel schlagen. Das Getummel der deutschbürgerlichen Parteien, die drei Jahre lang im Parlamentarischen Verband so „friedlich“ beisammen saßen, wird immer toller. Aber sie kämpfen mit Lust und Liebe gegen einander, denn sie kämpfen ja für die — „deutsche Einigkeit.“

Der Zentralverband der Buchdrucker gegen das Schutzesetz. In einem Artikel, der betitelt ist: „Für die Freiheit der Presse“ und in dem einleitend die Resolution des internationalen Buchdruckerkongresses in Wien 1921 zitiert wird, in der sich der Kongress auf den Boden der unbedingten Pressefreiheit stellt und sich gegen das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften wendet, kommt der „Gutenbergs“, das Organ des der Prager Gewerkschaft angeschlossenen Zentralverbandes der Buchdrucker auf das Gesetz zum Schutze der Republik zu sprechen und drückt den in unserer Blatt erschienenen Artikel des Genossen Austerlich ab, worin er über die Anechtung der Pressefreiheit spricht, die durch das Schutzesetz erfolgen wird. Dazu bemerkt die Redaktion des „Gutenbergs“:

Gen. Austerlich, der seine Erfahrungen aus der Kriegszeit dazu befähigen, über das geplante „Schutzesetz“ für die tschechoslowakische Republik ein objektives Urteil zu fällen, übertreibt keinesfalls. Man braucht nur an die Schütanen zu denken, deren gerade die tschechische Presse während dieser Zeit ausgefetzt war, wie sie knebelt und vergewaltigt wurde, gar nicht zu reden von den unzähligen Konfiskationen und Einstellungen. Gab also schon das alte Gesetz eine genügende Handhabe zu derartigen ziellosen Orgien, um wieviel leichter wird es im Bedarfsfälle einer reaktionären Bureaucratie und einem gleichgerichteten Militarismus fallen, aufgrund des „Schutzesetzes“ die öffentliche Meinung und all das, was ihr unliebsam ist, zu unterdrücken und jeden Versuch der Abwehr im Keime zu ersticken.

Es wird die Zeit kommen, da die Arbeiterklasse die „Sognungen“ dieses „Schutzesetzes“ am eigenen Leibe verspüren wird. Dann wird es allerdings zu spät sein, um gutzumachen, was ein Teil von ihr in blinder Angst mitverschuldete und nicht der Gefahr in der Zukunft achtete.

Die Buchdruckerghilfenschaft ist für Freiheit und Fortschritt, gegen die Reaktion, und sie wird auch weiterhin für die Freiheit der Presse eintreten, ihrer Tradition getreu und vereint mit ihren Massengenossen wird sie auch die Auswüchse dieses neuen „Schutzesetzes“ bekämpfen. Ihr Ruf ist noch immer: „Empor zum Licht!“

Gegen die Durchpeitschung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Parlament spricht sich die „Budounost“, das Blatt der unabhängigen tschechischen Sozialdemokratie folgendermaßen aus: „In der Rechtsgeschichte ist die Art der Vorbereitung eines solchen Gesetzes eine vereinzelte Erscheinung, denn nirgends finden wir einen ähnlichen Fall, daß ein Gesetz, wodurch ganze Teile des bisherigen Strafrecht geändert werden, im Laufe von drei Wochen vorbereitet und durchberaten wird. Die altösterreichische Gesetzgebung war sehr gewissenhaft, um welches Gebiet des Rechtslebens es sich auch immer gehandelt hat, und hat sorgfältig jeden Gesetzentwurf den sie entsprechend motiviert hat, vorbereitet. Die Vorlage des beantragten Gesetzes umfaßt kaum eine Seite Motivenbericht und dieser ist so oberflächlich, und besteht aus so abgedroschenen Phrasen, daß aus diesem Motivenbericht nicht nur die Eile, sondern auch die Furcht hervorgeht, es könnte an eine mehr in die Tiefe dringende Beratung des beantragten Gesetzes geschritten werden.“

### Die Norwegische Arbeiterpartei.

Christiania, 1. März. (Sch. N.) Die norwegische Arbeiterpartei hat nunmehr ihre Landesversammlung abgeschlossen. Es wurde beschlossen, den Namen des Hauptorgans von „Sozialdemokraten“ in „Arbeiterbladet“ umzuwandeln. Zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei wurde Tora gewählt, zum Stellvertreter Prof. Bull. Zum Schluß der Landesversammlung wurde einstimmig eine Erklärung angenommen, in der die Partei ihre Loyalität gegenüber der dritten Internationale ausdrückt. (Die norwegische Arbeiterpartei ist grundsätzlich schon lange kommunistisch orientiert, lehnt jedoch die 21 Punkte Moskauer ab. D. Red.)

Befehle gibt; die Kreuzen sich mit Befehlen aus Pest, Prag und Agram, werden widerrufen und aufs neue ausgegeben. Hughesdepeschen, Radiogramme, Proklamationen, Worte — immer nur Worte und keine Tat. Italienische Truppen überschreiten nach leichtem Siege die Grenzen und treiben ein Heer von Marodeuren, verpöfelten, gleichgültigen, zu Bestien gewordenen Soldaten vor sich her. Tagelang muß man zweifeln, ob zwischen Rhein u. Weichsel ein Stein auf dem andern bleiben wird. B o h i m a n b l i d t : C h a o s.

Dem Historiker muß noch heute alles, was sich zwischen dem 20. Oktober und dem 12. November 1918 geschah, als Chaos erscheinen. Mühsam ist es, die Fäden zu entwirren, noch schwieriger, sie zu ordnen.

Nowak ist — vielleicht steht er allein mit diesem Talent — ein Meister der sprachlichen Form, die das Bild jener Tage festzuhalten geeignet ist. Seine Darstellungskunst hat Elemente des Romans, der wissenschaftlichen Abhandlung und des Feuilletons in sich. Sein Buch wird viele Leser finden, und verdient es auch. Es ist nicht nur literarisch wertvoll, auch seine Objektivität muß anerkannt werden.

Nowak ist kein parteiloser Zuschauer des großen Dramas gewesen. Er sah Oesterreich, den seit fünf Jahrzehnten schon sterbenden Staat der Habsburger, noch von Glorie umstrahlt, romantisch verklärt wie es das Oesterreich der Türkenkriege war. Deutlich ist zu erkennen, daß Nowak die Kapitel, in denen er den letzten Kampf der I. u. I. Armee schildert, mit seinem Herzblut geschrieben hat. Mit leisem Stolz schreibt er: „Ber-

loren hatte das Heer auch die letzte Schlacht nicht, es hatte sie abgedroht.“ Und mit Schmerz und Behmut denkt er daran, daß die Fahnen, die nun in den Staub sinken, auf allen Schlachtfeldern Europas geflattert hatten, daß so viele leuchtende Namen ihnen eingestiftet waren, von Malplaquet bis Jenta, von Kunersdorf und Kollin bis Aspern, Lissa und Custozza.“ Aber niemals ist Nowaks Darstellung verlegend gegen Andersdenkende. Wohlthuend unterscheidet sie sich von der Selbstüberhebung und Borniertheit anderer, besonders preußischer Militärhistoriker. Klar tritt aus Nowaks Buch die Tatsache hervor, daß Jabsburger und Jollern durch eigene Schuld fielen und daß sie durch Mat- und Tallosigkeit ihren Sturz lässlich machten. Plastik hebt sich aus der Zerfahrenheit der Herrschenden von 1918, die bei Siegern und Besiegten in fast gleicher Weise zu finden war, das Wirken jener Männer der Tat, die kühl das Notwendige bedachten und durchführten, die, getragen vom Vertrauen ganzer Massen und Nationen, zielbewußt aus dem Chaos zu Zukunft schufen: Otto Wels, Kurt Eisner, Fritz Ebert in Deutschland, Viktor Adler und Seig in Wien und — der 68jährige Professor, der in gutem und für die Deutschen auch bösem Sinne die größte Rolle bei der Neugestaltung Mitteleuropas spielte: T. G. Masaryk.

Nowak hat ein Buch geschrieben, das für den Leser immer ein Genuß und für den Historiker solange ein wertvolles Hilfsmittel sein wird, bis ein besseres erscheint, — und das dürfte so bald nicht geschehen. Emil Franzel.



# Aus der Konsumentenenquête.

## Der Kampf um die Zuckerpreise. — Ein billiges Zündholzangebot. — Antrag auf Aufhebung des Spirituskomitees.

In der gestrigen Sitzung der Konsumenten-enquête erörterte zum ersten Punkt der Tagesordnung „Bericht der Kommissionen“ Inspektor Hasel einen eingehenden Bericht. Er besprach zunächst den schwierigen Kampf um die Zuckerpreise, da die Zuckerbarone von ihrer Ansicht, die Preise zu erhöhen, nicht Abstand nehmen wollen. Das Ernährungsministerium siehe auf dem Standpunkt der Maximalpreise und der durch ein Bewilligungsverfahren gebundenen Ausfuhr. Bei den heutigen Weltmarktpreisen — pelvischer Zucker kostet 4 Kronen das kilo und holländischer Zucker aus Java, der in den nächsten Monaten hier zu haben sein könnte, kostet 3 K 50 h das kilo, einschließlich der Transportkosten — entsteht die Frage, ob die heutigen Maximalpreise nicht weiter bestehen sollen, allerdings bei geöffneten Grenzen. Was die Bierpreise anlangt, so seien die Verhandlungen, so wie bei den Zuckerpreisen, noch nicht abgeschlossen. Das Ernährungsministerium hat hinsichtlich der Zuckerpreise gewisse Vorschläge unterbreitet, die aber noch nicht endgültig feststehen.

Was die Zündholzpreise anlangt, so teilte Inspektor Hasel mit, daß die Firma Schöll und Neff sich bereit erklärt habe, eine Schachtel Zündhölzer um 12 Heller zu liefern, wenn sie die Erlaubnis erhält, aus Deutschland dieselben Maschinen einführen zu dürfen, wie die Firma Solo. Im übrigen sei das Zündholzgeschäft zu einer Ermäßigung auf 20 Heller bereit, aber das Ernährungsministerium beharre auf einem Preise von 18 Heller pro Schachtel (16 Heller Verkaufspreis plus 2 Heller Steuer). Die Firma Schöll und Neff sieht außer Start. Sodann behandelte Redner die Frage der Ausfuhr des Schwarzweizens.

Zu der Debatte griffen Senator Virasol, Sekretär Weseck und Genosse Abgeordneter Dietl ein. Dieser bezeichnet den heutigen Zustand am Zuckermarkt als unerträglich. Der Zucker geht an die Abnehmer hinaus, welche ihn zu den bisher geltenden Verkaufspreisen abgeben, ohne daß sie wissen, welchen Einkaufspreis sie hierfür zahlen werden. Die Konsumenten-enquête ist berufen, preisregulierend zu wirken. Wenn man preisregulierend wirken soll, müssen einem die Einkaufspreise bekannt sein. Das Zuckersyndikat nennt aber keinen Preis, bevor die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind. Die Verkäufer wissen also wirklich nicht, zu welchem Preise sie verkaufen sollen. Das Zuckersyndikat müßte wenigstens erklären, daß, solange keine Vereinbarung zustande kommt, die bisherigen Preise auch weiterhin in Geltung bleiben. Ein weiteres Grundübel bei der Zuckerpreisbestimmung liegt schon bei den Rohzuckerfabriken und bei den Mühlenpreisen. Es können Preis-erhöhungen vorkommen, bei denen die Raffinaden nicht mehr verdienen, als vor der Erhöhung. Man muß also mit der Preisbestimmung schon bei den Rohzuckerfabriken ansetzen, wenn man eine Erhöhung der Preise verhindern will. Wir sind imstande, große Mengen Zuckers zu exportieren, aber wir müssen dafür sorgen, daß das, was wir brauchen, hier bleibt, damit unser Bedarf sichergestellt wird. Was die Ausfuhr schwarzen Weizens anlangt, so sei diese ein keineswegs im Voraus zu bejahende Frage. So ist zum Beispiel gegenwärtig kein Zweier-Weizenmehl zu haben, obwohl dieses Mehl bei der Herstellung des Weißgebäcks ein sehr notwendiges Produkt ist. Wenn die Preise des Weißgebäcks heruntergehen sollen, dann müßten wir dafür sorgen, daß nicht das gesamte Zweier-Weizenmehl ausgeführt wird. Beim sogenannten Sintermehl wird die Ausfuhr erlaubt. Nur so kann es vorkommen, daß das gesamte Korn zu Sintermehl vermahlen wird und daß unsere Brotversorgung gefährdet wird. Auch zur Deklaration bei der Ausfuhr haben wir kein Vertrauen, weil falsch deklariert wird. Wir dürfen uns weiter auf die neue Ernte nicht ganz verlassen, sondern müssen trachten, mit Vorräten in die neue Ernte einzutreten. Aus diesem Grunde ist Redner gegen die allzugroße Mehlausfuhr.

Sodann wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung Dr. Bondruka angenommen, dahingehend, daß die Verordnung über die Maximalpreise des Bieres abgeändert werde in eine Verordnung über den maximalen Unterschied der Bierpreise ab Brauhaus und im Ausschank.

Ferner wurde ein Antrag des Experten Wittler der Ständigen Konsumenten-enquête auf Aufhebung der Spirituskommission, beziehungsweise des interministeriellen Spirituskomitees, der zuständigen Kommission zugewiesen. Sodann wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Folgen der Herabsetzung der Löhne und Gehalte“ übergegangen. Inspektor Hasel betonte, daß Arbeiter, Angestellte und der Staat, der die Abgaben herabsetze, alle ihre Opfer umsonst gebracht hätten. Die Preise seien nicht gesunken, sondern aus den Opfern dieser Schichten haben die Erzeuger Profit gezogen.

Senator Virasol hielt eine scharfe Rede gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Er beschwerte sich insbesondere über das Vorgehen einiger Bezirkshauptleute gegen die Konsumvereine und über die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Agrariern und Industriellen. Alles sehr schön; nur muß man sich fragen, warum Senator Virasol nicht anderswo, etwa im Senat, wo er als Obmann des Volksvereins einen ziemlich großen Einfluß hat, auch so spricht und warum er im Senat die Regierungspolitik verteidigt. Es ist eine sehr billige Opposition: vor den Konsumentenvertretern die Regierung anzugreifen und dort, wo Entscheidungen gefällt werden, mit derselben Regierung zu gehen.

Schließlich wurde zu diesem Punkte ein Antrag angenommen, der die Regierung darauf aufmerksam macht, daß die Voraussetzungen für die Lohn- und Gehaltsveränderungen nicht eingetreten sind und daß hinsichtlich vor jeder Lohnherabsetzung perzentuell auch eine Gewinnherabsetzung der Erzeuger eintritt. Weiter wird die Regierung aufgefordert, die Herabsetzung der Gehalte der Staatsbeamten zu verschließen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, dem „Gesetz über Arbeiter- und Konsumentenkammern“ wurden den Mitgliedern der Enquête Exemplare dieses Gesetzes verteilt. Die Mitglieder der Enquête wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die auch in den Zeitungen bereits erschienenen Vorlage dieses Gesetzes noch nicht die endgültige Fassung sei und daß nach Beendigung dieses Gesetzes in der Enquete des Ernährungsministeriums in einer Beratung mit dem Ministerium für soziale Fürsorge, der sämtliche Interessenten beigezogen werden würden, die endgültige Texturierung erfolgen werde. Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

# Reine englische Vermittlung.

## Wohltuende Neutralität gegenüber Frankreich.

London, 2. März. (Reuter.) Nach Informationen, die dem Reuterschen Bureau zugegangen sind, sind, soweit in London bekannt ist, alle Gerüchte über eine Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland grundlos. Die britische Regierung ist von ihrem Standpunkte der wohlwollenden Neutralität gegenüber Frankreich und Belgien nicht abgegangen und beabsichtigt keinesfalls, in die Angelegenheit einzugreifen.

## Die belgischen Sozialisten verlangen Unterfindung.

Brüssel, 2. März. (Havas.) Die Sozialisten beschloßen in der Kammer und im Senat einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine mit der Untersuchung der Lage im Ruhrgebiet betraute parlamentarische Kommission gebildet wird.

## Mussolini über Ruhr- und Orientproblem.

Rom, 1. März. (Sch. B.) Im Ministerrat erklärte Ministerpräsident Mussolini, die Lage im Ruhrgebiet sei in den letzten Wochen stationär geblieben. Angesichts der allgemeinen Lage in Europa könne dieser Stellungskrieg noch lange fortdauern. Italien unterstütze jede Aktion, die der Wiederherstellung normaler Zustände in Europa dienen könne. Die pflichtgemäße Solidarität Italiens mit Frankreich in der Frage der Wiedergutmachungen habe weitreichende Projekte und eine Pressepropaganda entstehen lassen, die von der Regierung nicht approbiert würden. Eine Vervollständigung der italienisch-französischen Beziehungen sei nicht gleichbedeutend mit einem Allianzvertrag. Die italienische Regierung wolle sich eine autonome Außenpolitik und trete keiner Allianz bei, welche die Interessen Italiens nicht vollständig schütze. Der Ministerpräsident erklärte weiter bezüglich des Friedens mit der Türkei, England schließe eine Diskussion über die Formulierung von türkisch-britischen Reparationen, über die Formulierung von Rechtsgarantien für die Fremden sowie über die wirtschaftlichen Klauseln aus. Die italienische Regierung verlange die Annahme mäßiger Bedingungen durch die Türkei, halte aber die Berücksichtigung der türkischen Forderungen außerhalb der genannten drei Punkte nicht für ausgeschlossen.

## Die Gewalttaten des Tages.

Berlin, 2. März. (Wolff.) Der Oberbürgermeister von Gladbach ist gestern früh verhaftet und in einem Lastauto fortgeschleppt worden. — In Bochum ist eine neue Verschärfung des Belagerungszustandes angeordnet worden. Die Stunde für den Geschäftsschluß und für das Eintreten der Verkehrssperre wurde auf vier Uhr nachmittags festgesetzt. — In Stodum wurde ein französischer Soldat aus unbekanntem Gründen standrechtlich erschossen. — In Folge der Besetzung des Bahnhofs Ehrenbreitstein ist der Verkehr zwischen Köln und Frankfurt a. M. unterbrochen. — Die Franzosen haben die große Eisenbahnwerkstätte Mühlheim-Speerdorf besetzt und die Eisenbahner gewalttätig vertrieben. — Bei ihrem Abzuge aus dem Bahnhof Neumühl haben die Franzosen mehrere Lokomotiven und eine große Anzahl Kohlen- und Güterwagen weggeschafft.

## Frankreichs unaebliche Bedingungen.

Paris, 2. März. (Sch. B.) Dem „Echo de Paris“ zufolge ist eine englisch-amerikanische Intervention nicht möglich, solange die Regierungen von London und Washington, namentlich aber diejenige von Washington nicht vollkommen die Stellungnahme geändert haben, die sie in der internationalen Schuldenfrage einnehmen. Amerika und England müßten außerdem versprechen, 1. Garantie für die regelmäßigen Zahlungen der vom Deutschen Reich geschuldeten Summe, 2. Garantie für die Sicherheit Frankreichs und Belgiens. Es versteht sich von selbst, daß man uns nicht zufrieden stellen kann, wenn man auf alle Fragen mit dem Worte: „Böllerönd“ antwortet. Garantien, die die Staaten unterzeichnen, wollen wir haben.

Schließlich wurde zu diesem Punkte ein Antrag angenommen, der die Regierung darauf aufmerksam macht, daß die Voraussetzungen für die Lohn- und Gehaltsveränderungen nicht eingetreten sind und daß hinsichtlich vor jeder Lohnherabsetzung perzentuell auch eine Gewinnherabsetzung der Erzeuger eintritt. Weiter wird die Regierung aufgefordert, die Herabsetzung der Gehalte der Staatsbeamten zu verschließen.

gerung ist von ihrem Standpunkte der wohlwollenden Neutralität gegenüber Frankreich und Belgien nicht abgegangen und beabsichtigt keinesfalls, in die Angelegenheit einzugreifen.

## Neubesetzung Gelsenkirchens.

Berlin, 2. März. (Sch. B.) Heute morgens sind die Franzosen in Gelsenkirchen mit Tanks und Kavallerie eingerückt und haben die Schutzpolizei aufgelöst. Der Kriminalpolizei ist die Weiterführung des Dienstes gestattet. Auch in Walsal wurde die Polizei aufgelöst und der Versteher verhaftet.

## Die französische Eisenbahnverwaltung.

Koblenz, 1. März. (Havas.) Die interalliierte Rheinlandkommission veröffentlicht in der Erwägung, daß die Verordnungen der Reichsregierung und die im Ruhrgebiet verübten Sabotageakte die Sicherheit der Truppen, sowie das Leben und die Interessen der Bevölkerung bedrohen, eine neue Verordnung, in der dem General Degoutte die Vollmacht erteilt wird, die notwendig ist, um die Bedürfnisse der Truppen und der Bevölkerung sicherzustellen. Durch diese Verordnung wird die versagende Deutsche Eisenbahnverwaltung durch eine „Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiete“ und durch einen französischen Direktor mit zwei französisch-belgischen Stellvertretern ersetzt, die mit der Administration und der technischen, kommerziellen und finanziellen Exploitation betraut sind. Sie ist vorläufig in Düsseldorf untergebracht, ihr Sitz wird nach Koblenz verlegt werden.

## Ernunterung zum Landesverrat.

Düsseldorf, 1. März. (Havas.) Infolge des Widerstandes der deutschen Eisbahnverwaltung, die befreit ist, die Zollgebühren für das Reich vorher einzubehalten, unterzeichnete General Degoutte einen Erlaß über die Wein- und Tabakverbrauchsteuer, die in Zukunft für Rechnung der Alliierten eingehoben werden. Der Erlaß bemerkt, daß sich die Alliierten verpflichten, alle Personen gegen die jetzigen und zukünftigen Bedingungen der deutschen Verwaltung zu schützen, die sich im Sinne der Verordnungen der Okkupationsbehörden verhalten und keine Beziehungen mit dem Reich unterhalten werden, solange dieses nach dieser Seite eine formale Sicherheit nicht gewährt.

## Zugzusammenstöße.

Berlin, 2. März. (Wolff.) Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz stieß auf der Kaiserbrücke der von Franzosen geführte internationale D-Zug mit einem Güterzug zusammen. Bisher war nicht festgestellt, ob Menschen umgekommen sind, da die Unglücksstätte von den französischen Besatzungsbehörden im größten Umfange abgesperrt ist. Bei dem Blut Königsbach fuhr ein Personenzug auf einen am Nebengleise stehenden Güterzug. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Lokomotiven und dreizehn Wagen wurden zertrümmert. Am Koblenzer Bahnhof entgleiste ein Padvagen.

## Angriff auf eine Münchner Redaktion.

München, 2. März. (Eigenbericht.) Gestern jogten um fünf Uhr nachmittags etwa 200 junge Burschen, darunter die der Polizei einquartierten Ruhrflüchtlinge, die meist arbeitsschene Leute sind, vor das Gebäude der „Münchner Post“, überkletterten das zwei Meter hohe eiserne Tor, sprengten die Türen und stürzten in die Redaktionsräume. Sie schlugen eine Buchhalterin mit einem schweren Stück Holz zu Boden und verlangten unter Drohungen den Widerruf einer Notiz, in der sie als arbeitsschene bezeichnet werden. Größere Demolierungen konnten dann doch verhindert werden und die Polizei nahm einige der Eindringler fest.

## Die nächsten Aufgaben der Konsumenten-enquete.

Wie wir erfahren, wird sich die Konsumenten-enquete mit einer ganzen Reihe von zum Teile bedeutenden Aufgaben zu befassen haben. Es wurde uns unter anderem genannt: Die Regelung der Möbelpreise, die Regelung der Preise der Textilwaren, die Regelung der Preise der Beleuchtungskörper, insbesondere Glühlampen, die Regelung der Preise von Kunstseide, die Regelung der Papierpreise, die Festsetzung des zulässigen bürgerlichen Gewinns, die Verhandlung des Gesetzes über Arbeiter- und Konsumentenammern, die Regelung der Eisenbahntarife für Lebensbedarfsartikel, die Einrichtung von Paritätskommissionen für Preisfeststellungen und endlich die Regelung der Post- und Eisenbahntarife für Bücher, Drucksorten und Ansichtskarten. Diese Dinge werden alle zunächst in den zuständigen Kommissionen beraten werden, worauf dem Plenum der „Ständigen Konsumenten-enquete“ Bericht erstattet werden wird.

# Der Wahrheitsfreund.

Als der bekannte englische Dichter und Geschichtserzähler Charles Dickens eines Tages mit einem Freunde spazieren ging, kamen sie an einem am Fluß gelegenen kleinen Wirtshaus vorbei, vor dessen Tür ein alter Mann saß und behaglich sein Pfeifchen schmauchte.

Als sie sich ihm näherten, sagte der Freund: „Dort sitzt ein alter Fischer, der Dir jede Fischgeschichte glaubt, die Du ihm erzählst, und wenn Du noch so dick austrägst. Er liegt nämlich selbst, daß sich die Balken biegen. Versuche es doch einmal mit ihm.“

Dickens trat zu dem Alten heran und begrüßte ihn mit den Worten: „Guten Tag, Alter, ein schönes Fischen in dem Fluß da, nicht wahr?“

„Ja, Herr, ein schönes Fischen.“

„Ich weiß es, ich war im vorigen Sommer auch hier und bekam eine mächtige Forelle an die Leine. Sie biß sie aber einfach in zwei Hälften.“

„Ja, das tun die Forellen hier,“ sagte der Mann, wobei er die Worte eigentümlich lang zog. „Dann nahm ich ein Zeil, doch die Forelle zerriß auch dieses.“

„Ja, die Forellen zerreißen bei uns oft die dicksten Zeile.“

„Nun,“ fuhr Dickens fort, „ich war aber entschlossen, sie unbedingt ans Land zu schaffen. Ich ließ mir jetzt eine eiserne Kette bringen und zog sie dann glücklich heraus.“

„Gewiß, nur mit Ketten kann man hier die Forellen aus dem Wasser bekommen.“

„Jetzt denken Sie aber, wie ich die Forelle ans Land haite, konnte ich sie nicht nach Hause schaffen.“

„Ja, es ist mächtig schwer, unsere Forellen fortzubringen.“

„Ich besorgte mir also ein paar Pferde, warf die Forelle auf einen Wagen, und mit vieler Mühe gelang es mir endlich, sie nach Hause zu bringen.“

„Ja, ja,“ sagte der alte Mann, ohne eine Miene zu verziehen, „ein paar Pferde und ein Wagen sind das einzige Mittel, unsere Forellen fortzuschaffen.“

Jetzt wurde Dickens wütend. Der alte Spitzhube sollte nicht länger standhalten. „Dann,“ fuhr er fort, „schickte ich die Forelle, die sich nicht weichen ließ, mit dem Vieh auf die Weide.“

„Das tun wir hier oft mit unseren Forellen,“ sagte der alte Fischer.

„Nachdem sie drei Monate mit dem Vieh zusammen gewesen war, bekam sie Hörner.“

„Was?“ fuhr der Alte auf. „Die Forelle bekam Hörner?“

„Natürlich,“ bestätigte Dickens triumphierend. „Herr,“ sagte der alte Fischer und trat dicht an ihn heran, „mir scheint, Sie weichen jetzt doch etwas von der Wahrheit ab, denn unsere Forellen hier bekommen keine Hörner. Was wahr ist, muß wahr bleiben!“

M. R.

Mit wenigsten Mitteln das Meiste erreichen. Ist im menschlichen Wirken das Meisterzeichen.

Theodor Müller.

Liebliche Familie. Richter: „Das war ja sehr tapfer von Ihnen, Frau Zeugin, daß Sie den Eindreher festgehalten haben, aber Sie hätten ihn doch nicht so entseuflich zu verprügeln brauchen.“ — Zeugin: „Ja, wie konnte ich denn wissen, daß es ein Eindreher war, wo ich doch die ganze Nacht auf meinen Mann gewartet habe?“

Es muß auch so gehen. Ein Tourist kam in einen ganz einsamen, abgelegenen Ort im Anstiftgebirge und sagte zu einem der wenigen Einwohner: „Aber, was macht Ihr bloß, wenn Ihr krank werdet? Ihr könnt ja keinen Arzt hierher bekommen.“ — „Wir sterben halt ohne ärztliche Weisheit,“ erwiderte der wadere Anstiftbauer.

Splitter. Nur der Kopfsalat hat Herz und Kopf beisammen; deshalb wird ihm auch das Dasein sauer gemacht.

Stilvoll.

Straßenbilder von Karl Fischer.

Der Stil ist der Mensch selber! hat mal ein Schriftsteller gesagt. Er meinte damit den Stil seiner Sprache und seiner Ausdrucksweise. Heute ist man darüber hinaus und erhaben, heute weiß man, daß viel wichtiger der Stil der Kleidung eines Menschen ist, die Farbe seines Huts, die und Mod, überhaupt wie er sich hat und hält.

Ein paar Beispiele zum Beweis. In irgendeiner Straße geht vormittags um elf Uhr Horn seiner Bekleidung, der Schnitt von Bluse ein Färdchen, eng aneinandergeschmiegt. Er hat einen hohen schwarzen Hut auf, schwarzen Gehrock und dunkle Bekleidung. Sie trägt ein Kleid, dem man ansieht, daß es neu und saubere von der Nadel der Schneiderin gekommen ist. Unmittelbar hinter den beiden folgen zwei Männer, die ebenfalls mit einer gewissen Feiertagslichkeit gekleidet sind. Um die vier fliegt so etwas Freudiges, Festliches und flattert ihnen weit voraus.

Man braucht wahrlich kein Prophet zu sein, um zu wissen, daß die vier dem nächsten Standesamt zustehen. Aber sie fallen nicht weiter auf, sie sind nichts Besonderes und nichts Bemerkenswerthes im Leben der Straße. Doch man wird bald eines Besseren belehrt.

Zwei Herren kommen des Weges, betrachten das Pärchen und der eine sagt:

„Nun sehen Sie nur diesen Kerl! Schwarzen Hut, schwarze Dosen und gelbe Stiefel! Ist das nicht einfach scheußlich, diese Stillosigkeit!“

„Ach



Gott, erwidert der andere, „ein Arbeiter!“ Und das Wort Arbeiter wirft er nur so weg, wie das Verächtlichste von der Welt.

„Nein, nein!“ hält der andere eifrig dagegen. „Außerdem hat heute der Arbeiter das meiste Geld und kann sich das Beste und Schönste kaufen. Nein, nein, das ist es nicht allein. Diese Stillschließung steckt uns Deutschen tief drin und ist nicht rauszubekommen. Durch diese Stillschließung haben wir uns lächerlich gemacht in der ganzen Welt.“

Und man denkt, wie falsch man doch bisher unterrichtet war, wenn man annahm, daß unsere Fäkten von Korpsstudenten und Offizieren mit Monofel und peinlichst geheimer Bügelstille das Leben aller Welt herausgelockt haben.

Vor dem einen Stadtbahnhof des Bahnhofs Friedrichstraße, um den herum heute ein Chaos lagert und liegt, daß es ausbleibt, als wollte dieser Wirtswart sich niemals lockern und lösen, drängen und drücken sich die Menschen und sehen einem eigenartigen Schauspiel zu. Auf hoher, schwanker Leiter balancieren zwei Arbeiter in graufahlem Anzug, mit Kapuzen über dem Kopf und breiten Brillen zum Schutz der Augen. Auf den ersten Blick denkt man, zwei Taucher turnen da auf den Leitern herum. In den Händen halten sie schwere Schläuche mit spitzen, messingnenem Mundstück.

Man hört es geheimnisvoll rauschen, aber man weiß nicht, von wem dieses merkwürdige Geräusch kommt. Und man sieht dann, daß die beiden da oben auf den Leitern ganz keinen Sand, der durch Sauerstoff aus den Schläuchen getrieben wird, gegen das Mauerwerk des Stadtbahnhofs streuen und spritzen.

Aller Schmutz und Rost und Ruß wird auf diese Weise von der Mauer gerissen, die nun wieder blank blüht, als wäre sie eben erst vom Rauter aufgerichtet worden. Und man sieht ein Weibchen mit den anderen und staunt hinauf zu den Arbeitern und denkt: das Risiko der beiden auf den Leitern, wenn die Brille rutscht und der Sand die Augen ruiniert, oder wenn der Schlauch platzt, und der Sauerstoff ihnen Kleidung und Körper versengt. Und mit einmal hört man in der Nähe wieder etwas von stiller und stilllos. Man erschrickt, blickt noch genauer nach den Arbeitern, ob sie etwa in stiller Kleidung stecken und fragt sich erschrocken, ob nicht irgendein freundliches Pand oder eine frische Blume ihre schle Kleidung schmücken müßte.

Aber dann hört man dieses: „Nun sehen Sie nur diese Menschen! Wie stilllos, darustehen und Arbeitern zuzusehen! So etwa, wie man früher stand und staunte, wenn der Kaiser kam, wobei man sich doch erbauen und erholen konnte!“

Und nun weiß man gewiß: Der Stil ist der Mensch selber!

### Tages-Neuigkeiten.

#### Unser Kampf gegen das Schutzgesetz.

Nach den Berichten unserer Kreisblätter finden weitere Massenprotestkundgebungen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik statt:

Im Bezirke Dux am 3. März in Hegeholz, Lignitz und Janegg, am 4. März in Lipitz, Maria-Ratibitz, Reudorf-Herrlich, Riesenberg und Sobrusan, am 5. März in Dux.

Im Bezirke Brüx am 3. März in Kommer, Klein-Seidowitz und Maltheuern, am 4. März in Koppertsch und Nieder-Georgental.

Im Bezirke Oberleutensdorf am 3. März in Oberleutensdorf und Niederleutensdorf, am 4. März in Johndorf-Hammer, Nidelsdorf, Schönbach, Bergesgrün, Obergeorgental und Bruch.

Im Kreise Aussig am 4. März in Karbitz und Lobositz, am 5. März in Aussig.

Im Kreise Eger am 1. März in Eger.

#### Aus der Geschichte des „Nordböhmn. Tagblatt“.

Unser Bodenbacher Bruderblatt bringt „Aus der Naturgeschichte des „Nordböhmn. Tagblattes“ sehr interessante, beachtenswerte Veröffentlichungen, denen wir folgendes entnehmen:

In eingeweihten Kreisen war man sich schon lange über die finanziellen Schwierigkeiten im Klaren, mit denen das „Nordböhmn. Tagblatt“ seit jenem Zeitpunkt zu kämpfen hatte, als es der in der Jesuitenschule ausgewachsene Herr K o s s l e r verstanden hatte, für einen Spottpreis ein komplettes großes Druckergebäude, eine eingeführte Buchdruckerei und ein Zeitungsunternehmen vom früheren Besitzer in die Nationalpartei zu überführen. Der Kauf des Unternehmens erfolgte im Auftrage der Industrie-Kapitäne des Teschner Bezirkes, die hiezu einen Wahlfonds verwendeten, der nach den Wahlen in die Gemeindevertretungen und in die Nationalversammlung zur Bekämpfung der Sozialdemokraten geschaffen worden war und insbesondere von der Schokoladenindustrie gespeist worden ist. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie war die Hauptaufgabe des Blattes. „Unter dem Hakenkreuzbanner gegen die Sozialdemokratie“, das war die Richtlinie, die Koschler erhalten sollte und zu dem auch die von nichtarischen Kapitalisten stammenden Gelder verwendet werden mußten.

Der Betrieb wurde umorganisiert, alle Redakteure hinausgeworfen und p-h, der Mitarbeiter von Judenblättern, Anzeigen u. a. für die Zeitung als besonders durch jüdischen Umgang geschulter Hebräerestfer engagiert. Wäh-

## Große Kommunistenjagd in Italien.

**Mailand, 2. März.** (Savas.) Der Direktor des kommunistischen Blattes „Avanti“, Serratti, wurde verhaftet und eingesperrt, weil er „der Aufwiegelung und des Bergehens der Verachtung gegen die Sicherheit des Staates“ beschuldigt wurde.

**Mailand, 2. März.** (Savas.) Außer Serratti wurde auch gegen die übrigen fünf Unterzeichner des Manifestes der III. Internationalen, das Ende Jänner im „Avanti“ abgedruckt war, der Haftbefehl erlassen. In dem Manifest wird das italienische Proletariat zum Klassenkampf aufgefordert und die Vereinigung der italienischen Maximalisten mit den Kommunisten verlangt. Die Mehrzahl der Maximalisten, deren Organ der „Avanti“ ist, stimmte gegen diesen Zusammenschluß. Man behauptet, daß die Regierung den ganzen Vorstand der sozialistischen Partei verhaften will, da er seinen Mitgliedern gestatte, nach Moskau zu gehen, wo sie eine finanzielle Intervention zum Schaden Italiens verlangten. In den letzten Tagen war Serratti aus Moskau zurückgekehrt und hatte nach einer Polemik gegen seinen Chefredakteur Renni und dessen Gruppe, die sich gegen den Moskauer Beschlus stellte, wiederum die Leitung des Blattes übernommen. Renni behauptete, daß er die Mehrheit der Partei hinter sich habe, er wurde

aber beiseite gelassen und Serratti besiegte sich auf die früheren Beschlüsse. Der in kurzer Zeit stattfindende sozialistische Kongreß soll nach Ansicht Serrattis über diese Angelegenheit entscheiden.

Das Parteigegensatz zwischen Kommunisten und Maximalisten, beziehungsweise der Maximalisten untereinander, geht natürlich die faschistische Regierung weniger als nichts an und die angebliche Wohlorientiertheit Mussolinis über die Vorgänge in Moskau ist der unerschütterteste Schwinkel. Aber die Anwesenheit Serrattis im kommunistischen Hauptquartier ist für die italienischen Gewalttäter ein willkommener Vorwand, um durch Massenverhaftungen die kommunistische Agitation im Lande lahmzulegen. Der Begriff „Landesverrat“ ist bei Leuten mit robbuster Moral für alles zu brauchen und so gibt uns der Mailänder Bericht einen Vorgeschmack dessen, wie es in der Tschechoslowakei aussehen wird, bis das Schutzgesetz einmal Wirklichkeit geworden sein wird. Da wird auch hierzulande eine willkürliche Staatsanwaltschaft mit der Anschuldiung „Landesverrat“ nach Herzenslust arbeiten und womöglich die Teilnahme an jedem internationalen Kongreß mit Rad und Galgen ahnden. Deshalb Kampf gegen die gesetzgeberische Mißgeburt bis ans Ende.

## Ein Budget der Reaktion.

Ellenbogen über die Ausplünderung Oesterreichs durch Seipel, Zimmermann & Comp.

**Wien, 2. März.** (Eigenbericht.) Im Nationalrat hat heute der Finanzminister über seine Londoner Reise berichtet. In der anschließenden Debatte wurde ihm durch Gen. Dr. Ellenbogen die entsprechende Antwort gegeben. Ellenbogen verwies zunächst darauf, daß Oesterreich mit den dreieinhalb Millionen Pfundkrediten höchstens zehn Wochen leben können und daß es nicht weiß, wovon es in der zweiten Hälfte des Jahres leben soll. Mit diesem Darlehen ist aber der Zweck von Genf nicht erreicht. Ellenbogen wies weiter darauf hin, daß im Budget für Presse- und Postdienst 1.3 Milliarden ausgewiesen sind, ohne daß verrechenbare Posten angeführt werden. Mit diesen Geldern werden die offiziöse „Agence Savas“, der stockleriale „L'Echo“ und andere Organe von diesem Geschmack bezahlt, die dann den „Ruhm“ des Herrn Seipel in der ganzen Welt verbreiten sollen. Unter diesen Blättern gibt es auch solche, die Poicare nahestehen, der eben im Ruhrgebiet einen Raubzug gegen das deutsche Volk unternimmt. Genosse Ellenbogen erklärte ferner, daß für den Generalkommissar im Budget ein Posten von 4.5 Milliarden vorgesehen ist. (Bei Gott, ein prächtiger Sparminister, dieser Zimmermann, der an sich zuerst und wie! — denkt.) Da

auf die Beamten des Generalkommissars eine halbe Milliarde entfällt, kostet Oesterreich der Generalkommissar vier Milliarden jährlich! Der ganze Gesundheitsdienst in Oesterreich kostet nicht so viel, wie der Herr Generalkommissar.

Genosse Ellenbogen erklärte dann weiter, daß das Budget ein Budget der Reaktion ist. Der Jubel, mit dem die bürgerliche Presse ohne Unterschied der Klasse und politischen Einstellung den Bundeskanzler begrüßt hat, ist daraus zurückzuführen, daß man ihn als den Exponenten der Reaktion in Oesterreich ansieht. Bezeichnend für die Regierung ist die Vergiftung der öffentlichen Meinung im reaktionären Sinne. Der Lord an dem Genossen Birnegger, an dem auch die Regierung der Mehrheit des Parlamentes mißfällig ist, da sie, so oft man über die bewaffneten Anstaltsbehörden spricht, kaum ihre Befriedigung darüber unterdrücken kann, ist ein Symptom für diese Vergiftung im reaktionären Sinne. Dr. Ellenbogen schloß mit der Erklärung, daß sich die bürgerlichen Parteien seiner Täuschung darüber hingeben dürfen, daß die österreichische Arbeiterschaft keinen Faschismus dulden werde.

### Vorkosch der Grazer Unternehmer.

**Wien, 2. März.** (Eigenbericht.) In Graz verführten heute die Unternehmer eine Ueberumpelung der Metallarbeiter. Sie verkündeten, daß Lohnabzüge von fünf bis zwanzig Prozent erfolgen und zwei Paragraphen des Vertrages geändert werden würden. Nachmittags sollte im Gebäude des Metallarbeiterverbandes verhandelt werden. Die Arbeiter sammelten sich vor dem Gebäude und als die Verhandlungen sich lange hinzogen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Schließlich vertrieben die Unternehmer die Durchführung des Distaktes auf acht Tage, während der verhandelt werden soll. Die Arbeiter entfernten sich nun, nur einige junge Burschen blieben zurück und schlugen noch einige Fenster ein. Um halb zehn Uhr herrschte vollständige Ruhe in der Stadt.

### Polens Dägenze.

**Paris, 2. März.** (Savas.) Die Vorkonferenz hat beschlossen, den Marschall Koch mit dem Vorhine des interalliierten militärischen Rates in Versailles zu betrauen und auf die Tagesordnung der für nächste Woche festgesetzten Sitzung den Bericht über die Frage der Dägenzen Polens zu setzen. Die polnische Regierung handte latäschlich der Vorkonferenz eine Note, in der sie fordert, daß die Dägenzen so, wie sie auf der litauischen Seite vom Völkerbunde und auf der russischen Seite durch den Friedensvertrag von Riga fest-

gesetzt wurden, offiziell von den alliierten Mächten anerkannt werden, damit in diesem Gebiete der Friede befestigt werden könne. Schon jetzt scheint es, daß die durch den polnisch-russischen Friedensvertrag in Riga festgesetzten Grenzen genehmigt werden, ohne daß diese Ratifikation durch die alliierten Mächte die Anerkennung des Friedensvertrages von Riga oder der Sowjetregierung zur Folge hätte. Bezüglich Dägalizien ist man der Ansicht, daß es Polen belassen wird, mit dem Vorbehalte, daß dieses in Dägalizien eine eigene Verwaltung in Uebereinstimmung mit einem eigenen Antrage einrichtet. (Durch diesen Beschluß soll ein Großteil des ukrainischen Volkes, das sich dagegen leidenschaftlich wehrt, den Polen ausgeliefert werden. Der scharfe nationale Gegenatz zwischen den beiden Völkern wird, zumal man Polens Autonomieversprechungen kennt, die „Befestigung des Friedens“ unmöglich machen, die innere Zerissenheit Polens wird durch diese jetzt von der Entente ausgehende Angliederung noch zunehmen. D. Red.)

### Die Forderungen der Türkei.

**London, 2. März.** Die „Times“ berichten, daß Mustafa Kemal Pascha in seiner Rede in der Nationalversammlung von Angora erklärte, wenn die Alliierten nicht die finanzielle, wirtschaftliche und juridische Unabhängigkeit der Türkei anerkennen, könne die Türkei den Vertrag von Lausanne nicht annehmen.

scheinen würde; das sei aber nur möglich, wenn sich wenigstens 6400 Abnehmer finden, die sich verpflichten, schon jetzt das „Nordböhmn. Tagblatt“ zu abonnieren und die „Bohemia“ sofort abzubestellen. Durch das Erscheinen in Prag hofft man dem Blatte die Bedeutung zu geben, die es bisher nicht hat. Stinnes materielle Hilfe zu erreichen und es zu rangieren. Der Plan ist nicht schlecht gezeichnet. Lodgman spricht dann nicht von Teschen, sondern von Prag aus, wo er bisher infolge seines Pseudoantisemitismus in der vorhandenen Presse nicht die nötige Resonanz finden konnte. Mit Stinnes' Geld, das nach der offenen Erklärung Stinnes und Ludendorff in erster Linie für die Bekämpfung des Marxismus verwendet werden soll — der Kampf gegen die Franzosen ist Nebenache — wird dann das sudetendeutsche Tagblatt als Fortsetzer des sterbenden Nordböhmn. Tagblattes seine Aufgaben erfüllen, die ihm nach dem Willen seiner Neugründer gestellt sind.

**Vom Deserteur zum l. u. l. Kämmerer.** Wie aus Budapest gemeldet wird, verhaftete die dortige Militärbehörde den ehemaligen Deserteur Löwenstein, der sich als Sufarenoberleutnant und als l. u. l. Kämmerer von Lenghel-Mariaus ausgab und nur in bester Gesellschaft verkehrte. Löwenstein heiratete vor sechs Wochen die Tochter eines Budapest Millionärs und bekam als Mitglied einen großen Gutsbesitz, ein beträchtliches Barvermögen und eine elegante Wohnung. Löwenstein verkehrte seit Monaten im Offizierskasino, trug verschiedene hohe Auszeichnungen und erlangte Zutritt zu den höchsten Kreisen. Dieser Tage erschien er mit einer Tänzerin und mehreren Herren im Hotel Rig, wo er sich anständig gegen die Gäste benahm. Auf eine Verhinderung des Kellners hin erschien eine Militärpatrouille und brachte Löwenstein zum Platzkommando. Es wäre Löwenstein beinahe gelungen, nach der Legitimierung anstandslos wegzukommen, als eben ein Leutnant ins Zimmer trat und ihn als Deserteur erkannte. Er wurde, nachdem man ihn gehindert hatte, von der Waffe Gebrauch zu machen, in Haft genommen. Die Erhebungen haben eine große Reihe Betrügereien ergeben.

**Eine Totenkopforganisation in Polen.** Zum vorgeschrittenen Pombrenitentat in Lodz wird gemeldet, daß derartige geheime Organisationen in sämtlichen größeren polnischen Städten bestehen. In den letzten Tagen erhielten Lodzer Industrielle und reiche Geschäftsleute Drohbriefe, in welchen ihnen mit dem Tode gedroht wird. In Krakau entdeckte die Polizei eine geheime Organisation und stellte fest, daß alle ihr Mitglieder als Abzeichen einen Totenkopf tragen.

**Großer Eier schmuggel von Sachsen nach der Tschechoslowakei.** Vom Landgericht in Bautzen fand dieser Tage die Verhandlung gegen eine Schmugglerbande statt, die in Sachsen massenhaft Eier aufkaufte und dann über die Grenze schaffte. Das Landgericht verurteilte den Kaufmann Simon aus Lebnitz zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und 500.000 Mark Geldstrafe, den Bauarbeiter Masche aus Sainspach zu 15 Monaten, den Buchdrucker Sieber zu 18 Monaten, seine Mutter zu 12 Monaten und den Schlosser Hampel zu 9 Monaten Gefängnis. Alle Angeklagten wurden auch noch zu Geldstrafen verurteilt. Der Eier schmuggel wurde von Sebnitz aus betrieben und ein Zollbeamter hat festgestellt, daß dort zu Beginn des Winters täglich 80.000 Eier auf Tragföhrben über die Grenze gingen. Am Abend des 30. Dezember wurden zwei Mitglieder der Schmugglerbande auf dem Wege nach Niederneisiedel von Zollbeamten abgefaßt, wodurch der ganze Eier schmuggel aufgedeckt wurde. Wie die sächsischen Blätter melden, schweben derzeit noch 100 Strafverfahren wegen Schmuggels vor sächsischen Gerichten.

**Ein Mißhandelter Soupals enthaftet.** Der Installationsarbeiter Jaroslav Janacek, der als Mißhandelter des Radmörders Souval verhaftet worden ist, wurde Donnerstag aus der Unterjuchungshaft entlassen.

**Durch herabstürzende Kohle erdrückt.** Dienstag mittag wurde auf dem „Ada“-Schachte in Postelberg der 58jährige Bergmann Josef Ballat von herabstürzender Kohle erdrückt. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und vier bereits verjorgte Kinder.

**Wandthyphepidemie in Poddaba bei Prag.** In Poddaba bei Prag hat sich in den letzten Tagen der Wandthypus verbreitet. Bis jetzt sind 23 Personen erkrankt, und zwar 13 Kinder und 12 erwachsene Personen; zwei Personen sind krankheitsüberdächtig. Sämtliche Erkrankten wurden in das Weinberger Krankenhaus gebracht. Es ist festgestellt, daß sämtliche Personen infolge des Trirkens von Wasser aus zwei beim Hochwasser der Moldau überschwemmten Brunnen erkrankt sind. Die in Desinfektion und Fliedierung im Krankenhause bestehenden Maßnahmen wurden getroffen. Die Bevölkerung wird von der Benutzung des Wassers aus nicht einwandfreien Brunnen gewarnt.

**Redebüthen.** (Aus der gestrigen Sitzung der ständigen Konfumentenequete.) „In der Slowakei sinkt der Alkoholkonsum, während der Bierkonsum steigt.“ — Wenn wir das slowakische Volk dazu erziehen, Bier zu trinken, leisten wir ein gutes Stück Arbeit.“ — „Setzen wir nun einen Lebkuchenerzeuger auf den Tisch.“ — „Ich kenne die Verhältnisse in der Biererzeugung sehr gut, ich bin aus Pilsen.“ — „Ich würde Ihnen raten, nur unter die kleinen Massen zu gehen. Die Verhältnisse haben sich da ganz anders geändert.“ — „Das Bier ist politifiziert worden. Die Gewerbetreibenden haben die Gastwirte und die

rend der redaktionelle Teil des Blattes ein einziges wütendes „Hep Hep“ war und ist, drückte man im Inseratenteil beide Augen zu und Koschler warb sogar persönlich um Inserate und Druckaufträge bei Judenfamilien. Aber Koschler hatte sich doch als schlechter Kaufmann erwiesen. Die Zeitung verschlang bald das ganze Kapital und die Buchdruckerei hatte durch falsche Einkäufe und Dedungspekulationen sehr bald ein Defizit. Nach dem Tode Koschlers kamen die für die Geldgeber so traurigen Tatsachen zutage. In erregten Sitzungen der Kommanditeure suchte man nach Auswegen aus dem drohenden finanziellen Ruin, der gleichzeitig eine politische Niederlage der Nationalpartei gewesen wäre. So entstand eine neue Idee und wer die Zeitung



Nationaldemokraten haben die Brauereien. So- hen Sie, so wächst die Teuerung."

Ein Haus der Eisenbahner in Prag. Der Verband der Eisenbahner mit dem Sitz in Auffs hat, wie der "Eisenbahner" schreibt, ein Haus in Prag gekauft, da die Erweiterung des Prager Se- cretariates notwendig geworden war und mit den bisherigen Räumlichkeiten das Auslangen nicht gefunden wurde. Das Haus befindet sich in Prag II., Sopfenstodova 14.

Wieder ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Brügg hat den des Raubmordes an seinen beiden Tanten angeklagten Franz Charvath zum Tode verurteilt. Er stand unter der Anklage, am 20. Dezember 1922 in Wellefchin seine beiden Tanten Katharina und Theresia Charvath durch Schläge mit einer Holzbohle ermordet und dann ihrer Habfeligkeiten beraubt zu haben. Der Mörder hatte vor der Gerichtskommission und vor dem Untersuchungsrichter seine leiblichen Eltern und seinen Bruder des Verbrechens des dop- pelten Raubmordes bezichtigt. Die Geschworenen bejahen sämtliche Schuldfragen einstimmig.

Verhaftung der Königgräher Postdiebe. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde im Postamt von Königgrätz eine Kiste mit Fünfstücknoten im Betrage von 175.000 Kronen gestohlen. Dieser Tage wurden nun die Täter, der Postange- stellte Kufel und ein gewisser Dolezal, die seinerzeit in der Diebstahlsangelegenheit verhaf- tet, mangels Beweisen aber freigelassen werden mußten, wieder in Gewahrsam gebracht. Sie haben die Kiste mit den Fünfstücknoten gestohlen und deponierten sie bei einem Verwandten in Eslumec, von wo sie nach und nach das Geld aus- wechselten. Wegen des Diebstahls wurden außer- dem sechs weitere Personen verhaftet.

Bergvergiftung. Dieser Tage erkrankte die im Brügger heil. Geist-Spitale wohnende 28jährige A. M. bei der Polizei die Anzeige, daß sie im Sommer vorigen Jahres von einem 53- jährigen Hilfsarbeiter vergewaltigt wurde. Sie hatte damals aus Unwissenheit die Tat verschwiegen, erst jetzt, da sie einer Niederkunft entgegensteht, wisse sie, was mit ihr geschehen ist. Der Hilfs- arbeiter gestand die Tat, gab aber an, vor län- gerer Zeit in einer Irrenanstalt untergebracht ge- wesen und daher nicht immer zurechnungsfähig zu sein.

Eine ganze Familie an Leuchtgasvergiftung er- krankt. In der Wohnung des Organisten Prokop Roubella in Bissen erkrankte vorgestern unter ver- dächtigen Umständen die sechsgliedrige Familie des Roubella und zwei seiner Aftersmieten. Bei allen traten heftige Brechanfälle auf, als deren Ursache

eine Leuchtgasvergiftung konstatiert wurde. Die bel- den herbeigeeilten Ärzte leisteten den Kranken rasch erfolgreiche Hilfe, so daß alle außer Gefahr sind. Das Gas entwich einer schadhaften Röhre, die zum Gas- leiter führte.

Falsche Eintronsenstücke. Wie aus Nordböh- men gemeldet wird, und dort falsche Eintronsen- stücke im Umlauf. Die Fälschungen sind sehr schlecht gelungen und vor allem an dem gelblichen Glanze erkennbar. Ferner sind auch die Prägungen vergrößert und ungenauer, so daß sich die echten von den falschen Eintronsenstücken leicht un- terscheiden lassen. Auch in Wardsdorf sind solche Fälschungen bereits in Umlauf gesetzt wor- den und die Bevölkerung wird zur Vorsicht bei Annahme der Eintronsenstücke gemahnt.

Verhaftung von Wohnungseinbrechern. Der Prager Polizei ist es gelungen, eine Wohnungs- einbrecherbande festzunehmen, die in den letzten Monaten in Prag neuen Wohnungen und einige Dachkammern ausgeplündert hat. Es sind dies der Artillerist Franz Jedlitschka, der Drogist Josef Kohnout und der Badergehilfe Petříl. Die Einbrecher schafften die gestohlenen Gegen- stände zur Hausmeisterin Barbara Zavadil in Prag I., die gleichfalls verhaftet wurde.

Wegen Entziehung des Attentats auf Dr. Rasin verhaftet. Dem Landesgericht wurde der 67jährige Schmied Franz Krysl aus Prag-Brschowitz eingeliefert, weil er das Attentat auf Dr. Rasin gebilligt hat, für den Attentäter Sou- pal eingetreten ist und beleidigende Äußerungen gegen den Präsidenten getan haben soll.

Diebstahl. Dem Bankbeamten Franz Rohm wurde vorgestern abend im Foyer des Prager neuen Theaters eine goldene Doppelmanteluh- ranth-Uhrfette im Wert von 20.000 K von einem unbekanntem Taschendieb entwendet.

Vom Wuchergericht. In der ersten Hälfte des Feber wurden drei Personen wegen Verbrechen und vier wegen Uebertretung gegen das Wuchergesetz zu Kerkerstrafen von sechs Mo- naten bis zu vierzehn Tagen verurteilt.

Durch einen stürzenden Kran in die Elbe gerissen. Am Mittwoch nachmittag stürzte am Elbeumschlagsplatz in Laube bei Teschen ein unter Dampf befindlicher Kran in die Elbe und riß den Arbeiter Georg Seiml mit ins Wasser. Glücklicherweise konnte Georg Seiml durch ein offenes Fenster aus dem Krankenhause kriechen und sich so retten. Er hat nur leichte Verletzun- gen erlitten. Der Kran steht, obzwar er bereits das dritte Mal umstürzte, noch immer in Ver- wendung.

### Kleine Chronik.

Großes Eisenbahnunglück bei Nachen. Wie aus Düren bei Nachen gemeldet wird, ereignete sich dort ein großes Eisenbahnunglück. Der Zug aus Nachen geriet auf ein falsches Geleise und fuhr in einen dort stehenden Zug. Die ersten Wagen beider Züge wurden zertrümmert. 33 Personen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Kinotheater in amerikanischen Fabriken. In einigen amerikanischen Fabriken sind jetzt in den Räumen, in denen die Arbeiter ihre Frühstück einneh- men, Kinotheater eingerichtet. An der Spitze dieser Bewegung steht eine Bergwerksgenossen- schaft, die für ihre zahlreichen Arbeiter und Ange- hörigen gleich neuen solcher Kinotheater einrichten ließ. Durch die Vorführung eines Lustspiels oder einer interessanten Filmschau in den Arbeitspausen beabsichtigt man, die Nerven der Angestellten aufzu- frischen und Erscheinungen physischer und geistiger Ermüdung zu bannen.

Kampfbrief gegen den Maulwurf. Aus Kassel wird geschrieben: In früherer Zeit wurde gegen die Ausrottung der Bogelwelt protestiert, indem ein regelrechter Feldzug der verschiedensten Vereini- gungen geführt wurde gegen die Mode der Bogel- bälge auf den Damenhüten. Nach dem, was jetzt aus landwirtschaftlichen Kreisen über Nachstellungen, den- nen der Maulwurf ausgeheht ist, bekannt wird, ist es wirklich an der Zeit, gegen die Mode der Maulwurfspeize vorzugehen. Es ist in der Tat kaum glaublich, mit welcher Ruhe und Gelassen- heit die Behörden den Fang der Maulwürfe zulassen, auf dessen Richtigkeit für die Landwirtschaft neuer- dings immer wieder in den Schulen hingewiesen wird. Es hat sich jetzt eine besondere Junst der Maul- wurfsjäger gebildet, die meist aus jungen Burichen besteht und deren Mitglieder durch den Verkauf der Helle mühelos einen reichen Gewinn haben. So hat man in dem ländlichen Kreise Frankenberg ausgerechnet, daß allein in der letzten Zeit dort, nachdem im Vorahre schon der Maulwurfbestand ge- lichtet worden ist, mindestens achttausend Maulwürfe vertilgt worden sind. Allenfalls hier hört man jetzt den Ruf nach der Behörde, daß sie dem gefährlichen Maulkrieg ein Ende macht!

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Die Refundierung der durch die Unter- nehmungen ausgezahlten Arbeitslosen- unterstützungen.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat an alle Bezirksverwaltungen einen Erlaß gericht- lich, der die beschleunigte Auszahlung der Staats- beiträge zu der von den Unternehmern gezahlten Arbeitslosenerstützung zum Inhalt hat. Es heißt darin einleitend:

Zum Zwecke der beschleunigten Ueberweisung des Staatsbeitrages (Rechnungsabgrenzung) wird die dortige Behörde ermächtigt, daß sie inzwischen, beginnend mit 19. Feber l. J. bis auf Widerruf die Gesuche der Unternehmungen, irgend welchen Industriezweiges, auf Erlaß der der arbeitslosen Arbeiterchaft aus den eigenen Mitteln ausbezah- lten Unterstützungen nach einer gehörigen Ueberprü- fung selbst erledige, die Auszahlung des bewilligten Staatsbeitrages mit Ausnahme der nachträglichen hiesigen Genehmigung bei dem einschlägigen Steueramte anweise und die erledigten Gesuche mit den Ausweisen der ausbezahlten Unterstützungen und mit der Abschrift des dortigen Ausweises des Staatsbeitrages vorlege, die dem einschlägigen Steueramte übergeben wird. In jedem Falle aber ist der Grund der Einschränkung oder der Einstel- lung des Unternehmens festzustellen und der Staatsbeitrag nur dann zu bewilligen, wenn wirk- lich ausgewiesen wird: Mangel an Rohstoffen, Mate- rial (Rohstoffen) oder Abfall der erzeugten Waren.

Die Refundierungsquote für die einzelnen Industrien beträgt: In der Textilindustrie 95 Prozent in den Fällen, wo der Betrieb wenigstens durch sechs Monate die Unterstützung ausgezahlt hat, sonst 90 Prozent, in der Porzellanindustrie 95 Prozent, in der Glasindustrie 80 Prozent, Papierindustrie 75 Prozent, Metallindustrie 100 Prozent in jenen Fällen, wo die Betriebe die Unterstützung in der Höhe von 120 Prozent des gesetzlichen Ausmaßes der Unterstützung und nach den Grundsätzen des Rundschreibens vom 17. Ok- tober 1919 auszahlen. In jenen Betrieben in der Metallindustrie, die die Unterstützung in der ge- setzlichen Höhe, nämlich 100 Prozent auszahlen, wird die Refundierungsquote von Fall zu Fall bestimmt. Für alle übrigen Industriezweige wird die Quote mit 70 Prozent festgesetzt. Der Staats- beitrags soll unter allen Umständen längstens binnen vierzehn Tagen zur Auszah- lung angewiesen und durch das Steueramt ausgezahlt werden. Wenn diese Arbeiten die Be- hörden zu sehr belasten, können geeignete Hilfs- kräfte aus den Reihen der Arbeitslosen aufgenom- men werden.

Der Konflikt im Ostrauer Revier. Aus Mährisch-Osttau den 2. März meldet das Prä- sident: Heute wurden im engeren Ausschusse der Vertreter der Grubenbesitzer und der Bergarbei- ter des hiesigen Steinloshüttenreviers die Verhand- lungen über den Kollektivvertrag fortgesetzt. Die Hauptstreitfragen bildet die sechsstündige Sams- tagsschicht, die auf Verlangen der Gewerke auf acht Stunden, jedoch gegen besondere Bezahlung, ver- längert werden soll. Die Vertreter der Gruben- besitzer betrachten den gegenwärtigen Zustand

von technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus als unhaltbar. Die Vertreter der Bergarbei- terschaft, die sich auf den ablehnenden Beschluß des koalitierten Bergarbeiterverbandes berufen, er- klärten, daß sie der Forderung der Zimmerleute auf Verlängerung der Samstagsschicht nicht bei- treten können und forderten, daß die Arbeitszeit einvernehmlich zwischen den Vertretern aller Gruben der Republik und den koalitierten Bergar- beiterverbänden festgesetzt werde, was von den Vertretern der Grubenbesitzer abgelehnt wurde. Ein Einvernehmen wurde nur betreffend der In- schläge für die Mehrarbeit der Bergleute für die letzten acht Wochen erzielt, die jedoch den Oberlag- arbeitsern nicht zuerkannt wurden, da sie ihnen nach dem geltend gemachten Kollektivvertrag nicht ge- hören.

Vor der Errichtung einer tschechoslowakischen Notenbank. Wie der "Penkov" berichtet, wird die Subskription auf die Aktien der tschechoslowa- kischen Notenbank bereits eifrig vorbereitet. Nach den ursprünglichen Absichten sollte der Errichtung der Notenbank die Neuregelung der Währung vorangehen, wodurch das Verhältnis der neuen Währung zum Gold festgesetzt, sowie das Ver- hältnis, in welchem das bisherige Geld gegen die neue Währungseinheit umgetauscht werden sollte. Nunmehr will man aber die Notenbank errichten, ohne die Einführung einer neuen Währung abzu- warten. Das geschieht aus dem Grunde, weil, wie die Regierungskreise glauben, nach Errichtung der Notenbank es eher möglich sein wird, ausländische Anleihen zu erlangen. Ein Drittel des Kapitals der Notenbank wird der Staat hergeben, die an- deren zwei Drittel zur öffentlichen Zeichnung auf- gelegt werden.

Tschechoslowakisch-österreichische Wirtschafts- verhandlungen. Wie die "Neue Freie Presse" mel- det, dürften am 15. März die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei be- ginnen, deren Zweck der Abschluß eines Handels- vertrages ist.

Vor einem Kampf im polnischen Bergbau. Die seit einigen Tagen stattfindenden Lohnver- handlungen zwischen den polnischen Bergindu- striellen und den Bergarbeitergewerkschaften im Dombrowoer Kohlenreviere sind gescheitert. Wie bereits gemeldet, verlangen die Bergarbeiter eine 150prozentige Lohnerhöhung, wogegen die Berg- unternehmer nur 90 Prozent zuerkennen wollen. Nach längerer Verhandlungen reduzierten die Bergarbeiter ihre Forderungen auf 140 Prozent, verlangten jedoch die sofortige Auszahlung einer 40prozentigen einmaligen Unterstützung. Die Bergunternehmer bieten nunmehr den Bergar- beitern eine 120prozentige Lohnerhöhung und lehnen die Forderung nach einer einmaligen Unterstützung ab.

Die Krise in der polnischen Textilindustrie. Aus Lodz wird gemeldet, daß sich die Lage in der Textilindustrie ständig verschlimmert. Jeden Tag werden einige Fabriken gesperrt oder die Arbeit eingeschränkt. In Bierz just alle größeren Fa- brikten gesperrt worden. In den größten Lodzer Industriebetrieben ist die Arbeit auf einige Tage in der Woche eingeschränkt worden. Die Gewerkschaftsorganisationen in Lodz entsandten eine Ab- ordnung zum Arbeitsministerium in Warschau, welches den Arbeitern zusagte, die Vermittlungs- aktion zwischen ihnen und den Industriellen zu übernehmen.

Die Wirtschaftskrise in der Schweiz. Die großen schweizerischen Blätter beschäftigen sich mit den Folgen der Produktions- und Verkehrsstörun- gen im Ruhrgebiete. Sie weisen darauf hin, daß nicht nur die Kohlenversorgung der Schweiz ge- ringer zu werden drohe, sondern daß auch die Kohlenpreise bereits gestiegen seien. Die schwei- zerische Maschinenindustrie beklagt sich, daß sie keine Rohstoffe und Halbfabrikate mehr bekomme und daß deshalb große öffentliche Arbeiten still- gelegt werden müssen. Dadurch drohe eine große Ausnahme der Arbeitslosigkeit.

Zur Entwidlung des russischen Außenhan- dels. Der sowjet-russische Außenhandelskommis- sar Krassin hat in der wirtschaftsamtlichen "Gonomitscheskaja Schin" Erklärungen über die Lage des russischen Außenhandels abgegeben. Die wirtschaftliche Modade Russlands könne als durchbrochen angesehen werden. In den euro- päischen Handels- und Industriezweigen seien mit mehr die sowjetrussischen ehemaligen Eigentümer der nationalisierten Betriebe tonangebend, sondern es fänden sich immer mehr Gruppen von Indu- striellen, die ihr Interesse an dem Geschäftsver- kehr mit Russland an den Tag legen. Verhand- lungen zwecks Abschluß von Handelsverträgen schweben zurzeit mit Deutschland, Polen, den balti- schen Staaten, Finnland, Persien und der Türkei. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Schweden seien wiederaufgenommen und demnächst stehe auch die Wiederaufnahme der dänisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen bevor. Die Ge- schäftsbeziehungen mit Frankreich kamen allmäh- lich in Gang; Russland exportierte Rapskuchen, Holz und Flachs nach Frankreich. Krassin betont die Notwendigkeit ausländischer Kredite, neben den bereits bewilligten Konzessionen, ins- besondere für den Wiederaufbau der bäuerlichen Wirtschaft Russlands sowie die Veranziehung von Auslandskapital zur Ausbeutung der Wäldungen, was in den Verträgen mit englischen und hollän- dischen Firmen und in Verhandlungen mit deut- schen, norwegischen und französischen Interessen bereits konkrete Form angenommen habe. Eine konsequente Durchführung der Konzessionspolitik sei die Grundbedingung für die Entwicklung des russischen Exports. Zur Regelung des Kredit- wensens plant Krassin die Gründung einer russi- schen Exportbank.

## Im Zeichen des Terrors.

Wir erhielten von den Unterhändlern unserer Partei im deutschen politischen Thea- terauschuß, den Genossen Deutsch, Wie- showski und Kleinberg, die folgende Er- klärung:

Die "Bohemia" vom 2. März erzählt, daß Herr Abg. Professor Dr. Kasla als Vorsitzender des deutschen politischen Theaterauschußes dem "Sozialdemokrat" eine Zuschrift geschickt habe, in welcher er aufgrund des Paragraphen 19 des Pres- segesetzes allerlich ungebührlich Äußerungen des "Sozialdemokrat" über die Montags- und Dienstaufhebung des Theaterauschußes berich- tigt. Herr Prof. Dr. Kasla hat damit einen un- erlaubten Schritt getan, denn er sprach im Namen einer Körperschaft, die ihn dazu nicht be- auftragt hat. Schon diese Eigenmächtigkeit ist des Anspruchs vorzuziehen, wenn die wir uns ausdrücklich vorbehalten, spricht dafür, daß er eine schlechte Sache vertritt. Im Gefühl seiner inneren Unsicherheit hat er sich denn auch in der Wahl seiner Verteidigungsmittel arg verariffen.

Wie der Anzug der "Bohemia" beweist, ent- kräftet die Berichtigung nicht die vom "Sozialde- mokrat" angeführten Tatsachen, sondern deutet nur die Vorgänge und Ergebnisse der Ausdeutung anders aus. Diesen Ausdeutungsversuchen gegenüber stellen wir fest:

1. Herr Direktor Kramer hat dem unter- zeichneten Ausschussmitglied M. Deutsch, auf dessen Frage, warum "Die letzte Nacht" vom Spiel- plan abgesetzt wurde, Samstag, den 24. Feber- abends erzählt, er sei im Verlaufe eines ander- halbständigen Gesprächs in der Redaktion der "Bohemia" gefragt worden: "Was ha- ben Sie davon, wenn Ihnen die Stu- denten die Bühne demolieren?" In der Montagsheftung hat Herr Direktor Kramer diesen Bericht nicht für falsch erklärt, sondern ihn im- mer mehr und mehr abgeschwächt, was in jedem Unvoreingenommenen den Eindruck erwecken mußte, ihm sei diese Äußerung sehr unlieb. Ist die direkt an ihn gestellte Frage, ob er sich be- droht gefühlt habe, antwortete Herr Direk- tor Kramer aber auch noch in der montägigen Ausschussheftung ausdrücklich mit "Ja!"

2. In einer Pause der Dienstauf- hebung sprach sich der unterzeichnete Professor Dr. Wiewowski allerdings dem Ausschussmit- glied M. Deutsch gegenüber privat dahin aus, daß ihm die beiden Fassungen "der Theateraus- schuß wird" und "der Theaterauschuß hat in der Gestaltung des Spielplanes freie Hand behal- ten" identisch erschienen. Als aber nach Wieder- aufnahme der Sitzung die Deutschnationalen kei- nen Zweifel darüber ließen, daß sie in der Form "hat freie Hand behalten", für sich die Möglich- keit erblickten, "das letzte Mittel", der Ge- walt anzuwenden, opponierte Professor Wiewowski entschieden und erzwang, die Sitzung zu verlassen.

Die telephonischen und schriftli- chen Erklärungen des Herrn Redakteurs Weinert, der in der ganzen Angelegenheit die traurige Rolle des moralisch Angeklagten spielt, hatten und haben für uns keinerlei Bewei-skraft, wir bezweifeln aber, daß Herr Abgeordneter Professor Dr. Kasla, als Präsident des Verwaltungsrates der "Bohemia" das Bedürfnis hat, den Versicherungen des Redakteurs seines Blattes Glauben zu schenken. Wir hät- ten auch durchaus begriffen, wenn Herr Professor Dr. Kasla es mit seiner Stellung als Ver- waltungsratspräsident der "Bohemia" unvor- einbar gefunden hätte, Beratungen des Theaterauschußes, die einem Mißver- stehen dieser "Bohemia" galten, vorzu- führen. Auf uns, die wir das für etwas Selbst- verständliches halten, mußte die Vereinigung bei- der Funktionen den Eindruck machen, daß Herrn Abgeordneten Professor Dr. Kasla an der Rein- waschung der "Bohemia" sehr viel gelegen sei, fast mehr noch, als an der Behauptung des Prager deut- schen Theaters vor nationalitätlichem Terror. Für die Nichterfüllung unserer Auffassung spricht das Er- gebnis der beiden Sitzungen: daß die Haltung der bürgerlichen Parteien trotz des im "Sozialde- mokrat" erwähnten guten Willens Einzelner dem Herrn Direktor Kramer nicht die Sicherheit einer ungehinderten Ausführung bot, weshalb er sich zur Ablehnung der "letzten Nacht" vom Spielplan entschloß.

M. Deutsch.

Prof. Dr. W. Wiewowski.

Prof. Dr. A. Kleinberg.

Die Redaktion hat dieser Erklärung nur den Grund hinzuzufügen, weshalb sie die Berich- tung des Herrn Abg. Prof. Dr. Kasla zu drucken abgelehnt hat. Die Unterstützung der "Bohemia", daß sie das nur im Vertrauen auf Dr. Kaslas Absicht getan habe, ein schie- des Bericht gegen Deutsche anzuerkennen, weiß sie mit der gebührenden Berachtung zu- rück. Sie ist jederzeit loyal genug, irri- ge Angaben, die ihr unterlaufen, zu widerrufen. Wenn aber jemand den § 19 des Pressegesetzes dazu miß- brauchen will, um seine subjektiven Ansichten über einen Streitfall und um neue Tatsachen, die bisher nicht zur Diskussion gelangt waren, in ein anerkanntes Blatt einzuschmuggeln, so gibt sie sich in solcher Spieltheater nicht her. An- der essenlangen Berichtigung entsprach auch nicht ein einziger Satz den Bedingungen des § 19 und daß gerade ein Rechtslehrer so inkonsequent an Geis und Verstand ist, kann für die Redaktion kein Grund sein, im Falle des Unvertragsprofessors der juristischen Fakultät Dr. Kasla eine Ausnahme zu machen.



Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich, Berlin, Wien. Züricher Schlußkurse: Paris, London, Berlin, Holland, Dolland, Budapest, Brno, New York, Pragrad, Warschau, Wien etc.

Prager Kurse.

100 holl. Gulden, 10.000 Mark, 100 belg. Francs, 100 schwed. Kronen, 1 Pfund Sterling, 100 Lire, 1 Dollar, 100 franz. Francs, 100 Dinar, 10.000 ungar. Kronen, 10.000 poln. Mark, 10.000 österr. Kronen.

Gerichtssaal.

Ein Schädling der Gewerkschaft.

Prag, 2. März. Der bei der Firma Breitfeld u. Dandl in Prag-Karolinental beschäftigte Metallarbeiter Josef Flügel, trat der Gewerkschaft der Metallarbeiter bei, leistete jedoch keine Beiträge, obwohl er alle Vorteile der Gewerkschaft voll in Anspruch nahm.

geordnet. Da den revidierenden Kapitän Dymagal die hohen Löhne der Arbeiter stuhig machten, ließ er die Auszahlung am 4. August durch einen Offizier durchführen. Nach der Auszahlung erklärte eine ganze Zahl von Arbeitern, daß sie nicht erhalten hätten und gaben erhebliche Beträge zurück.

Saatsanwalt: „Raboch hat erklärt, daß er Ihnen 150.000 Kronen gegeben hat.“ Angekl. Koubek: „Aber Ichidmario, das ist alles erledigt.“ Saatsanwalt: „Wieviel hatten sie Gehalt?“ Angekl. Koubek: „3800 Kronen monatlich“

Kunst und Wissen.

Bio „Sonsouci.“ Die Direktion des Bio „Sonsouci“ hat den guten Gedanken gehabt, der Nachmittagsvorstellung ein besonderes, für Jugendliche geeignetes Programm zu geben. Hauffs Märchen „Kali Storch“ bietet für den Film sicher einen guten Stoff und scheint in einer Jugendvorstellung wohl am Platze zu sein.

Neues Theater. Heute Samstag Premiere Hindemith-Einakter; morgen nachmittag halb 3 Uhr „Die Bajadere“, abend Richard Wagners „Tannhäuser“; Montag das neuinszenierte Shakespeare Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“.

Aus der Partei.

Der erste Erfolg der Werbearbeit für den „Sozialdemokrat“. Der einmütige Beschluß des Reichsausschusses, der den Organisationen eine intensive Werbearbeit für das Zentralorgan der Partei, den „Sozialdemokrat“ zur Pflicht macht, hat bereits den ersten Erfolg zu verzeichnen.

geschiedenen Genossen. Aus dem Berichte des Genossen Fohler ist zu ersehen, daß trotz der Kräfte die Beitragsleistung eine gute war und daß die Finanzen des Bezirkes sich gehoben haben. Als nächster Referent sprach Genosse Lorenz, der hervorhob, daß trotz aller Schwierigkeiten unsere Bewegung sich im Aufstiege befindet und daß wir am Schlusse des Jahres einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten.

Bereinsnachrichten.

„Eine Welt im Wassertropfen“; Das tapfere Schneiderlein; „Junge Hunde“; „Der fliegende Holländer“ — Schattenbilder — eine Filmreihe. 6. Uronia. Kulturfilmvorführung. Heute halb 3 Uhr. Bio „Alma“. Vortrag: Lehrer A. Scholz. Karten 2—5 K. Urania. Wehler. Ab 2 Uhr im Bio: Garderobeschalter.

Urania.

Wochenprogramm. Heute halb 3 Uhr „Urania-Kulturfilmvorführung Bio „Alma“. Karten 2—5 K. Urania. Wehler, ab 2 Uhr im Bio: Garderobeschalter. Heute 5 Uhr „Gesicht und Charakter“ Kurs: Rari Rothhaus. Karten 5 K. Heute halb 7 Uhr. „Moderne Starkstromtechnik“ (Groß-Maschinenbau) m. Licht. Prof. der Technik Riethammer. 5. Vortrag in der Reihe: „Naturwissenschaft und Technik“. Ort: Elektrotechn. Institut, Saal Nr. 12. Husgasse 5. Karten 4 und 3 K. Sonntag, 10 Uhr Kurs: Soltan. Sonntag, halb 11 Uhr. „Germanische Götterlehre“ Prof. Dr. Vittermann. Jugendveranstaltung für die unteren Klassen der Mittelschulen und für die Bürgerkinder. Einzelparten 2 K. Montag den 5. d. 8 Uhr. „Bergnügliche Geschichten aus eigenen Berlen: Hans Reimann-Dresden. Einl. Vortrag: „Parodie und Groteske“ Dr. Robert Schen. Karten 10—6 K. Mitgl. 8—4 K. Dienstag, 6 Uhr. Urania-Rinovorstellung „Bio „Alma“. „Ranul“, der primitive Mensch. Karten 2 bis 10 K. Urania. Wehler. Dienstag, 8 Uhr. „Wanderungen an der Wolga und im Ural“ (1922) mit Licht. Geheimrat Kleinow-Berlin. Karten 8—6 K. Mitgl. 6—4 K. Mittwoch, 8 Uhr. „Die alten Deutschen in Böhmen und Wäheren“ mit Licht. Univ.-Prof. Dr. C. Gierach-Reichenberg. Karten 5 K. Mitgl. 4 K. Donnerstag, 8 Uhr: „Die Psychologie des Hochkapitlers“. Ministerialrat Dr. Wulffen-Dresden. Karten 10—6. Mitgl. 8—4 K. Freitag, 8 Uhr. „Ehe und Hochzeit“ mit Licht. Freih. v. Reichenheim-Dresden. Karten 10—6. Mitgl. 8—4 K. Freitag, 8 Uhr. Kl. Saal. August Brömse, ein deutscher Künstler“ (m. Licht.) Univ.-Prof. Grünwald. Karten 8—5 K. Mitgl. 6—3 K. Samstag, halb 7 Uhr. „Rast und Stoff“. Univ.-Prof. Ph. Frank. Samstag, 8 Uhr. „Die Wandlungen der Mode“ mit Licht. Dr. Tornius-Leipzig. Dazu sämtliche Kurse des Bildungsinstitutes „Urania“. Karten zu allen Veranstaltungen: Populäre Urania-Preise: Urania-Kasse.

Mitteilungen aus dem Publikum.

VISAN BÄCKEREI. Kartenblätter: 19 dkg. Mehl werden mit 7 dkg. „Visan“ feinabgeröstelt, 10 dkg. Staubzucker, 1/2 Tefeln geriebene Schokolade, und 1 Ei dazugegeben. Neugewürz, Nelken, Muskatnuz und Zimt beigemischt und alles gut vermischt. Der Teig wird messerrückend ausgewalzt in vierzehnstellige Zerschnitten, mit halbierten Mandeln belegt — und auf dem Blech langsam gebacken.

1000 Gewinne gratis! In den Monaten Februar und März l. J. wird die Chem. Fabrik Libenitz außer der obligaten Gewinnaktion noch separat 1000 Gewinnmarken in die besessene und bewährte Schokolade Libenitz einlesen. Die Gewinne bestehen aus mehreren Preisen à 1000, 500, 250 K. sowie aus einer großen Anzahl von Wertgegenständen. Mehreres siehe Flugblätter. Dabei bleibt die Qualität der Libenitz-Creme unberührt. Seit 1. Jänner wurden den Konsumenten der Libenitz-Creme ausgezahlt 7 Haupttreffer per Kronen 2750, und zwar: auf Gewinnmarken Nr. 500, K 1000, Nr. 350 K 500 und auf Nr. 440, 630, 680, 620, 860 je K 250, weiters 62 Wertgewinne. Dies ist ein Beweis dafür, daß die Anzahl der Konsumenten der bewährten Libenitz-Creme wächst. 1457

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holth.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“ in Wien. schließt vorteilhaft alle Arten von Lebensversicherungen. Insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu K 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Giltigkeit ab. Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt. Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 1261 Prag II., Václavské nm. 47.

KALLA'S Bratheringe. Fischkonserven, Bäcklinge. zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumve eine in PRAG II., Fügerevo nám. 4. 1278

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angekauften Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert. Verbandstoff-Werke. Telefon Nr. 851/IV. Teplitz-Schönau. Telefon Nr. 851/IV. liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche Verbandstoffe, Verbandswatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster. 1173